



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schilderstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 31.

Berlin, den 28. Oktober 1917.

12. Jahrgang.

Die Verewigung der Politik des 4. August.

Berlin, den 28. Oktober 1917.

Das Würzburger Bekenntnis zum Regierungsozialismus.

Das Würzburger Konzil der sozialdemokratischen Parteihierarchie ist zu Ende. Sein Gesamtergebnis läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Sozialdemokratie in Zukunft dem Staatskapitalismus und damit auch dem Imperialismus die Wege ebnen und seine Härten durch Parlamentarismus und Sozialreform mildern will. Alle revisionistischen und reformistischen Tendenzen, die vor Ausbruch des Weltkrieges in der deutschen Sozialdemokratie um Geltung rangen, sind in Würzburg zum Durchbruch gekommen; die Würzburger Beschlüsse haben die Ziele des proletarischen Sozialismus in nebelgraue Ferne gerückt, die Arbeiterklasse soll nicht mehr Todfeind, sondern Glied und Träger des kapitalistischen Klassenstaates sein und dessen „Staatsnotwendigkeiten“ dienstbar gemacht werden. Das ist der Kern der Würzburger Beschlüsse, wenn man von den Verhandlungen das äußere Beiwerk der alten sozialdemokratischen Ideologie und Phraseologie losschält, die von den einen noch angewandt wurde, weil sie die tatsächliche Wandlung ihrer Partei noch nicht begriffen haben, von den andern aber, um bewußt die Arbeiter über die Festlegung der Partei auf den Regierungsozialismus zu täuschen.

Die eigentlichen Sieger von Würzburg sind nicht die wiedergewählten Herren des Parteivorstandes, wenn in Würzburg auch Herr Scheidemann zum ersten Vorsitzenden und Erben und Nachfolger Bebel's gewählt wurde — sondern die im Hintergrund gebliebenen Drahtzieher der Generalkommission der Gewerkschaften, die seit Jahr und Tag für den Triumph der Politik des 4. August eingesetzt und mit Gröner „proletarische“ Politik gemacht haben; Sieger ist der Kreis jener „Realpolitiker“ und Staatsmänner, die sich hinter die „Sozialistischen Monatshefte“ geschart haben; Sieger sind auch die Sozialimperialisten und Sozialpatrioten, die am Strang der „Glocke“ gezogen haben. Konrad Hänisch kann daher mit Recht freudestrahelnd von einem „gar nicht hoch genug einzuschätzenden Erfolg jener politischen Gedanken“ schreiben, die seit mehr als zwei Jahren unablässig in seiner Zeitschrift vertreten worden sind, die sich jetzt durchgesetzt haben und noch immer stärker durchsetzen werden. In Wirklichkeit werden die Scheidemannier auch in Zukunft alles tun, was die Legien, Bauer, Umbreit auf der einen, die Cunow, Lensch usw. auf der andern Seite von ihnen verlangen, wenn auch Stampfer von Zeit zu Zeit im „Vorwärts“ so etwas wie Opposition gegen „die von rechts“ zu markieren sucht.

Angeichts dieses Gesamtergebnisses der Würzburger Tagung erhält die in den ersten Tagen beschlossene Einigungs- und „Versöhnungs“-Resolution Severing ihren rechten Wert. Man hat sie mit Recht eine „Verhöhnungs“-Resolution genannt. Denn sie verlangt von denen, die das Heil des Proletariats nur in einem rüchhaltigen und unzweideutigen Kampfe des internationalen Sozialismus gegen den Imperialismus erblicken, die Vergewaltigung ihrer Ueberzeugung und demütigende Unterwerfung unter die Wortführer des in Würzburg zum Prinzip erhobenen Regierungsozialismus. Solange die Arbeiterschaft sich in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht für die eine oder andere Seite entschieden hat, kann es keine einheitliche deutsche Arbeiterbewegung geben. An den Arbeitern liegt es, zu entscheiden, ob wir in Deutschland eine

nationalsoziale und reformistische oder eine international orientierte, unabhängige Bewegung haben sollen. Nach den blutigen Lehren dieses Weltkrieges läßt sich beides nicht mehr unter einem Dache vereinigen.

Es entsprach dem ganzen Charakter und dem Zwecke der Würzburger Tagung, daß sie über die Bewilligung der Kriegskredite in Vergangenheit und Zukunft ihren Segen sprach. Eine ganz verschwindende Minderheit (26 Stimmen!) nahm unter Führung Hochs eine abweichende Haltung ein. Die Anerkennung der Kreditbewilligung ist eine logische Konsequenz des Dogmas von der Vaterlandsverteidigung und vom absoluten Verteidigungskrieg, das ein Capfeiler des regierungsozialistischen Gedankengebäudes ist. Darum ist es auch übel Schaumschlägerei, wenn der „Vorwärts“ drohend erklärt, die Fraktion und die Partei würde es sich dreimal überlegen, ehe sie einer Regierung Michaelis neue Kredite bewilligen werde. Haben uns nicht dieselben Leute unzählige Male versichert, daß sie nicht der Regierung, sondern dem Volke und dessen Söhnen in Waffen die Kredite bewilligen? Wollen sie jetzt das Volk die Sünden des Herrn Michaelis büßen lassen? Ist ferner die Pflicht der Landesverteidigung und damit die Bewilligung der Kriegskredite nicht dringender, wenn eine unfähige Regierung am Ruder ist? Schon die Andeutung dieser Fragen zeigt, wie haltlos das Geschwätz des „Vorwärts“ ist, wie damit unter den Arbeitern nur Bauernfang betrieben werden soll. Nein, wer an der These der Landesverteidigung noch nach drei Jahren eines imperialistischen Weltkrieges festhält, muß die Kriegskredite bewilligen, und wenn er es sich dreimal überlegt. Nebenbei bemerkt ist diese These so ziemlich der einzige Grundsatz aus der Zeit vor dem 4. August 1914, an dem die Umlerner mit zähem Fanatismus festhalten, alle anderen haben sie leichten Herzens über Bord geworfen. Und dabei ist diese These durch die Lehren des Völkerringens am meisten erschüttert worden. Sie hat zu einer vollständigen „Militarisierung der Politik“ geführt, um ein Wort des Herrn Ebert anzunehmen. Herr Ebert hat von dieser Militarisierung als einer Möglichkeit gesprochen, während wir seit Jahr und Tag mitten darin stehen. Selbst Herr Michaelis ist nur ein Geschöpf und Werkzeug dieser Militarisierung, und der, der nach ihm kommt, wird nichts anderes sein. Mit seiner Verteidigungstheorie und seiner Kreditbewilligung stärkt der Regierungsozialismus nur die Gewalten, die hinter den Kulissen der Zivilregierung und des ohnmächtigen und zersplitterten Parlaments die Fäden in den Händen haben.

Es ist nicht unsere Schuld, wenn wir diese Gedanken nicht deutlicher erklären und die Arbeiter nur zum energischen Kampfe für den Sozialismus gegen allen offenen und versteckten Imperialismus aufrufen können.

Das politische und ökonomische Programm des Regierungsozialismus.

Der Verzicht auf die ökonomische Orientierung seiner Politik und auf die Heranziehung der Proletariermassen zu einer aktiven Betätigung für ihre Interessen, das Bestreben, die Geschicke des Proletariats durch Parlamentarier und gewerkschaftliche Unterhändler mit den Bedürfnissen des kapitalistischen Gegenwartsstaates in Einklang zu bringen, hat den in Würzburg festgelegten poli-

tischen und ökonomischen Richtlinien den Stempel aufgedrückt. Herr Landsberg hat an die Staatsklugheit der deutschen Staatsmänner appelliert und das Programm eines demokratischen Reformwerkes aufgestellt, das vielleicht einige Tropfen demokratischen Oeles in das Räuberwerk des kapitalistischen Klassenstaates träufeln kann, das aber von einer gründlichen Demokratisierung des buntscheckigen deutschen Staatsgebildes an Haupt und Gliedern nichts wissen will. Herr Landsberg redet den monarchischen Regierungen Deutschlands gut zu. Er macht sie darauf aufmerksam, daß Verfassungskämpfe in der Zeit der Ueberleitung vom Kriegs- in den Friedenszustand besondere Leidenschaftlichkeit annehmen würden. Die Regierungen möchten doch mit ein paar demokratischen Reformen nicht knausern und vor allem dem Parlament etwas mehr Bewegungsfreiheit gönnen, denn nach dem Kriege werde der Mangel an Rohstoffen und Halbfabrikaten in einer ganzen Anzahl von Gewerben zu größerer Arbeitslosigkeit führen und in Verbindung mit den hohen Preisen für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände eine Stimmung erzeugen, die einer ruhigen Austragung der Verfassungskämpfe und damit der Vereinigung der produktiven Kräfte des Volkes nicht förderlich sein könne. Dieser Appell an die Einsicht der Staatsmänner hat in Würzburg liebevolles Verständnis gefunden und man hat sich auch bereit erklärt, die Mitverantwortung am Staatsregiment zu übernehmen, wenn die regierenden Gewalten einige demokratische Konzessionen machen. Man wird also nicht mehr, wie Herr Scheidemann in seiner geistreichen Manier sagte, über Ordenssterne und Ministerfräds spotten, sondern zum Wohle des Proletariats und zur höheren Ehre des Sozialismus den Ministerfräds anziehen und, wenn es im Interesse des proletarischen Klassenkampfes notwendig ist, auch einen Ordensstern dran heften. Man will also letzten Endes nicht mehr auf politischen Gebieten erreichen, als was die Liberalen auch wollen, nur daß Herr Wolff im „Berliner Tageblatt“ diese politischen Ideale mit etwas mehr Ehrlichkeit und Geschick verpackt als die Scheidemannier.

In wirtschafts- und handelspolitischer Hinsicht hat sich die regierungsozialistische Partei die Marschroute durch Herrn Heinrich Cunow vorzeichnen lassen, dem sie ja auch nach „Ueberwindung“ Kautskys die Leitung der „Neuen Zeit“ anvertraut hat. Herr Cunow hat die Scheidemannpartei jetzt nicht allein auf den Staatskapitalismus festgelegt, er hat auch enthüllt, was von dem Friedensprogramm und dem Gerede seiner Parteifreunde über eine dauernde Verständigung der Völker in Wirklichkeit zu halten ist. In Herrn Cunow ist durch den Weltkrieg die Abneigung des einstigen Hamburger Handlungsbeflissenen gegen den englischen Konkurrenten zu einem wilden Englandhaß geworden. Kein Wunder daher, daß der Ausgangspunkt seiner Würzburger wirtschaftspolitischen Thesen die Annahme ist, daß auch nach dem formellen Friedensschluß der Wirtschaftskrieg mit England und seinen Kolonien weitergeführt werden müsse. In ihrem Stodholmer Memorandum haben die deutschen Regierungsozialisten feierlich jeden Wirtschaftskrieg nach dem Kriege verdammt, in Würzburg aber machen sie den Wirtschaftskrieg zur Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik. Keinem der in Würzburg versammelten Herren scheint zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß sie damit den vielen englischen Gegnern eines Wirtschaftskrieges den Kampf gegen ihre Imperialisten ungeheuer erschweren, ja fast unmöglich machen, da diese unter Berufung

auf die Würzburger Beschlüsse jetzt erst recht ihre Propaganda eines Wirtschaftskrieges gegen die Mittelmächte entfalten können. Herr Cunow geht aber noch weiter. Er will, daß seine Partei den Zustand zweier sich feindlich gegenüberstehenden Mächtekoalitionen auch über den Krieg hinaus dauernd aufrecht erhält, und das Würzburger Konzil hat auch das widerspruchsfrei geschickt. Cunow will den engen zoll- und handelspolitischen Zusammenschluß zwischen Deutschland und seinen Verbündeten, er versteht also das, was man mit dem Namen „Mitteleuropa“ bezeichnet. Bekanntlich ist der liberale Herr Naumann ein begeisterter Vorkämpfer dieses „Mitteleuropa“, während es in vielen bürgerlichen Kreisen merkwürdig still über diesen im ersten Kriegsrausch entstandenen Plan geworden ist. Nur der regierungssozialistische Partei blieb es vorbehalten, dieses „Mitteleuropa“, das natürlich nicht nur ein handelspolitisches, sondern auch ein militärisches Schutz- und Trugbündnis sein würde, auf ihr Banner zu schreiben. Der Plan „Mitteleuropa“ hat im Ententelager erst die Propaganda für einen Wirtschaftskrieg entfesselt; neben Naumann waren es der österreichische Sozialpatriot Renner und Cunow, die in das Feuer geblasen haben, und der deutsche Parteivorstand war deren gelehriger Schüler. Das war 1915. Daß diese Leute aber jetzt nach ihrer Stockholmer Pilgerfahrt diesem Gedanken noch die Anerkennung eines Parteitages verschaffen können, das charakterisiert ihre proletarische und internationale Friedensarbeit als eitel Blendwerk. Unsere Genossen haben die Aufgabe, die Arbeiter über das wahre Wesen der regierungssozialistischen Friedens- und Handelspolitik aufzuklären.

Ueber die künftige Finanzpolitik Deutschlands hat sich der Würzburger Parteitag die Richtlinien des Herrn Wilhelm Reil zu eigen gemacht. Wenn jemals, so wäre jetzt nach dem furchtbaren Abbruch des Weltkrieges Gelegenheit für eine sozialistische Partei, der deutschen Steueranarchie ein Ende zu machen, was allerdings einen ebenso energischen Kampf gegen die historisch überlebten deutschen Verfassungszustände zur Voraussetzung hätte. Aber wie Herr Landsberg durch gutes Zureden den deutschen Staatsmännern Verfassungsreformchen abschmeicheln oder im Bunde mit bürgerlichen Parteien abblitzen will, so will auch Herr Reil dem Kapitalismus nicht wehe tun. Er legt Nachdruck auf die Steigerung der Güterproduktion, natürlich im kapitalistischen Sinne und mit kapitalistischen Methoden, und wünscht nur, daß die Produktion nicht auf Kosten der im Produktionsprozesse tätigen Menschen erfolge. Reils Bekenntnis zu einer Produktionspolitik mit den gegebenen und ausschlaggebenden großkapitalistischen Faktoren, denen sich eventuell der Klassenstaat als Unternehmer hinzugesellen soll, sein Verzicht auf einen energischen Vorstoß in Richtung einer sozialistisch-demokratischen Produktion, die in vielen Industriezweigen technisch schon jetzt möglich wäre, bringen es mit sich, daß der alte sozialdemokratische Grundsatz: „keine indirekten Steuern!“ in Würzburg zum alten Eisen geworfen wurde. Reil hat ausdrücklich betont, daß, wenn sich Möglichkeiten bieten, mit steuerlichen Maßnahmen eine Unterstützung der technischen Entwicklung zu verbinden, für den Regierungssozialismus kein Grund vorliegt, sich ihnen zu widersetzen. Für die Regierungssozialisten ist seit Würzburg nicht mehr der Schutz der Konsumenten und Steuerzahler aus den werktätigen und minderbemittelten Bevölkerungsschichten die Haupt Sorge, sondern die Förderung der groß- und staatskapitalistischen Produktion. In ihrer Agitation werden die Herren Regierungssozialisten natürlich nichts von dieser Wandlung merken lassen, da werden sie noch als die einzig wahren Schützer der kleinen Steuerzahler und Konsumenten posieren. Die regierungssozialistische Fraktion und die anderen Drahtzieher aber werden ihre Finanzpolitik nach den in Würzburg gegebenen Richtlinien orientieren. Auch darüber gilt es Aufklärung in die Arbeiterschaft zu tragen.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik hat sich der Würzburger Parteitag die Grundsätze zu eigen gemacht, die Herr Robert Wisse ihm vorgelegt hat. Die sachliche Berechtigung und Richtigkeit dieser Grundsätze ist in der Hauptsache ohne weiteres anzuerkennen, wie auch an der ehrlichen Ueberzeugung ihres Urhebers nicht gezweifelt werden soll. Und doch können diese Grundsätze nicht viel mehr als „weiße Salbe“ sein, da die Partei, die sie aufgestellt hat, sich den Weg zu ihrer

Verwirklichung so gut wie vollständig verrammelt hat. Eine Partei, die die Kriegsschulden des Staates durch ihre Kreditbewilligungen in Riesenmaß hat steigern helfen, die den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege als dauernden Zustand anerkennen, die der kapitalistischen Produktion goldene Brücken bauen will, ja, die in Würzburg sogar ein Bekenntnis zur Kolonialpolitik abgelegt hat, untergräbt selbst die finanzielle Möglichkeit der von ihr geforderten sozialpolitischen Reformen. Der Staat, der soeben dem Reederkapital ein Milliarden Geschenk gemacht hat, dem zuzustimmen der Regierungssozialismus drauf und dran war, wird und muß sofort nach Beendigung des Krieges unter Zustimmung eben dieses Regierungssozialismus an den Wiederaufbau seiner afrikanischen Besitzungen gehen. Es muß dort ganz von vorn angefangen werden, denn die Kolonien sind durch den Krieg verwüstet, verwildert und entvölkert. Das kostet Geld und wieder Geld. Der Staat muß das durch den Krieg total abgenutzte Eisenbahnmaterial und Kriegsgerät wieder erneuern, was auch nicht mit ein paar Millionen abgetan ist. Das ist nur ein geringer Bruchteil der finanziellen Notwendigkeiten, die der kapitalistische Staat nach Kriegsende zu erfüllen hat und zu denen der Regierungssozialismus nach Würzburg Ja und Amen sagen muß. Wo soll da dieser Staat das Geld zur Verwirklichung des schönen sozialreformerischen Programms des Würzburger Parteitages hernehmen? Muß da die Sozialpolitik nicht das Aschenbrödel bleiben, das es schon vor dem Kriege unter der Herrschaft des Imperialismus war? Dabei reden wir gar nicht von dem fanatischen Widerstande der Großindustriellen und aller Reaktionäre gegen einen weiteren Ausbau der sozialen Reformen. Schon jetzt wird in der reaktionären und kapitalistischen Presse mütend gegen eine „Ueberwindung der Sozialpolitik“ zu Felde gezogen. Und die Staatsbureaucratie ist für die Wünsche des Großkapitals stets hellhöriger als für die platonischen Forderungen des Regierungssozialismus, der ja ohnedem in Würzburg durch seine These von der positiven Produktionspolitik dem Großkapital nicht mehr ernstlich wehe tun darf.

So zeigt die kritische Betrachtung der Würzburger Tagung eine Unsumme von Halbheiten, Widersprüchen und Zweideutigkeiten. Nur in einem war dieser Parteitag konsequent: in der Abwendung von den gradlinigen und entschiedenen Forderungen eines proletarischen Sozialismus und einer durchgreifenden Demokratie.

Die neue Epoche des deutschen Sozialismus.

Herr Scheidemann hatte die Ehre, den sachlichen Beratungen des Würzburger Konzils durch das Brillantfeuerwerk einiger allgemeinen Reden den höheren Schwung zu geben. Seine rednerischen Künste sollten den Arbeitern die tatsächlich vollzogene Wandlung dieser angeblichen Arbeiterpartei in eine bürgerliche Reformpartei mit sozialdemokratischem Firmenschild verschleiern. Scheidemann zeigte sich als der wortgewandte Interpret Stampferscher Gedanken und vielleicht hat er noch mehr als die bloßen Gedanken Stampfers zum besten gegeben. Scheidemanns Reden sind das feuilletonistische und rhetorisch gewürzte Destillat des Stampferschen Buches „Grundbegriffe der Politik“, in dem das Hauptgewicht auf Staatsmännerei und parlamentarische Diplomatie gelegt wird. Diese sind in Würzburg als die wichtigsten politischen Methoden des Regierungssozialismus anerkannt worden. Wie ja überhaupt für diesen die Sorge um Wahlerfolge und Mandatserfolge sowie die verantwortliche Teilnahme an der Regierung des Gegenwartsstaates im Vordergrund steht, was in Würzburg mehr als einmal in Erscheinung trat.

Der Weltkrieg hat die Sozialdemokratie vor zwei Wege gestellt. Der eine führt zur Anerkennung der anscheinend unverwundlichen Lebenskraft des kapitalistischen Gegenwartsstaates und seinen „Staatsnotwendigkeiten“ sowie zur Kapitulation vor dessen gewaltigem militärischem Apparat, er führt weiter zu dem Streben, diesen Räder Staat durch Listen und Schachern, ohne aktive Mitarbeit der Massen doch einmal in irgendeiner fernen Zukunft in das sozialistische Land zu drängen. Für diesen Weg hat sich jetzt in Würzburg die Scheidemann-Partei endgültig entschieden. Der zweite Weg tut sich denen auf, denen der Welt-

krieg die Ueberzeugung eingeprägt hat, daß die furchtbare Katastrophe des Kapitalismus die Sozialisten aller Länder zu einer energischen Massenoffensive für den Sozialismus und die Demokratie zur Folge haben muß, bei der die Sozialisten in den Parlamenten nur die Aufgabe eines Stottrupps zu erfüllen haben. Für diesen Weg haben wir uns entschieden und wir glauben, daß nur auf diesem Weg die den Völkern geschlagenen Wunden geheilt und die Zukunft nicht allein des Proletariats, sondern all der Bevölkerungsschichten, die durch den Weltkrieg gelitten haben und von ihm zermürbt worden sind, gesichert wird, daß nur auf diesem Wege ein friedlicher Ausgleich zwischen Nationalwirtschaft und Weltwirtschaft und eine harmonische Wechselbeziehung zwischen berechtigter nationaler Eigenart und internationalem Gemeinschaftstreben möglich ist, daß nur auf diesem Wege solche Weltkatastrophen wie die gegenwärtige für die Zukunft unmöglich gemacht werden können. In diesem Sinne kann man von einer neuen Epoche des deutschen Sozialismus reden, nur daß die deutschen Sozialisten jetzt in zwei getrennten Heerhaufen marschieren, deren nächste strategischen Ziele weit von einander entfernt sind und nicht vereinigt werden können, mag man in parlamentarischen Einzelfragen auch dann und wann zu gleichen Abstimmungsergebnissen kommen. Der Erfolg wird auf dem Wege liegen, auf dessen Zuverlässigkeit die Arbeiterschaft soviel Vertrauen hat, daß ihre Massen ihn einschlagen. Und da braucht uns trotz aller Ungunst der Gegenwart im Hinblick auf die Kriegswirkungen und auf die Halbheit und Abhängigkeit des Regierungssozialismus nicht bange zu sein. Handeln wir nach unserer Ueberzeugung, sorgt jeder von uns für Aufklärung aller nur erreichbaren Proletarier, wird die Saat des internationalen Sozialismus auch heranreifen.

Herr Stampfer hat sich in einer Besprechung des Würzburger Parteitages im „Vorwärts“ den Scherz geleistet, uns Unabhängigen anzudeuten, wir bekenneten uns zur Unbeweglichkeit der sozialdemokratischen Taktik, wir hätten uns für das „starre System“ entschieden, während der Regierungssozialismus das „bewegliche System“ abgelehnt habe. Ach nein, von einem „starren System“ kann und darf in dieser neuen Epoche des Sozialismus keine Rede sein; die Unabhängige Sozialdemokratie wäre zum Verdorren verurteilt, wollte sie alle alten, historisch überwundenen taktischen Methoden über den Weltkrieg hinaus künstlich aufrecht erhalten. Sie hat vielmehr die auf Aktionen der Massen zugeschnittenen Methoden, die vor 1914 dank der Bremsenkunststücke der heutigen regierungssozialistischen Ratadore ein theoretisches Papierdasein führten, mit neuem Leben zu erfüllen und dem internationalen Zusammenwirken des Proletariats ganz andere Grundlagen zu geben als früher. Der Geist des alten Parteiprogramms, über das in Würzburg auch das Todesurteil gesprochen worden ist, ist in uns lebendig, an alte taktische Formen und Formeln wollen wir uns nicht klammern. Wir wissen, daß auch bei uns noch gewisse parteikonserervative Neigungen vorhanden sind, daß auch bei uns hier und da die Organisation als Selbstzweck erscheint, daß auch bei manchem von uns das Weltgeschehen nur aus der parlamentarischen Perspektive angesehen wird und Kombinationen über künftige Wahlen eine Rolle spielen, aber wir glauben, daß gerade die Lehren der Würzburger Tagung bei uns mit solchen alten „starren“ Anschauungen aufräumen werden, wie wohl auch darüber im anderen Lager so manchem Parteigenossen, der in konservativer Anhänglichkeit in der „alten“ Partei geblieben ist, ohne an deren innerer Wandlung teilzunehmen, durch Würzburg die Augen über das wahre Wesen des Regierungssozialismus geöffnet worden sind. Und wo das noch nicht der Fall ist, müssen wir durch entsprechende Aufklärung nachhelfen.

Herr Lensch hat in Würzburg wieder sein altes Stedenpferd, der Weltkrieg sei die wahre Weltrevolution, geritten, ohne Widerspruch zu finden. Darnach sind die Herren v. Bethmann-Hollweg, Dr. Michaelis usw. usw. die eigentlichen Weltrevolutionäre. Nun bedeutet der Weltkrieg sicherlich auch für uns eine gewaltige Umwälzung auf allen Gebieten, aber weder in ihren Ursachen, noch in ihrem Verlauf, noch in ihren Zielen, noch viel weniger aber in ihren Trägern hat diese Umwälzung etwas gemein mit dem Gedankeninhalt des Wortes Revolution, das nicht allein für uns Sozialdemokraten, sondern für jeden historisch gesculkten Menschen den Kampf unterdrückter oder

auffsteigender Klassen gegen unterdrückende und privilegierte Klassen bedeutet. Herr Lensch aber macht aus dem Kampf des imperialistischen Deutschland gegen das imperialistische England einen „Klassenkampf“ des deutschen Obrigkeitstaates gegen die englische See- und Kolonialmacht und muß daher in logischer Fortentwicklung dieser neuorientierten Klassenkampftheorie zu einem Verfechter des deutschen Imperialismus werden, wobei ihm die Cunow, David, Hänisch usw. wassersekundieren und wozu jetzt der Würzburger Parteitag seine Zustimmung gegeben hat. Dabei ist der internationale Sozialismus natürlich für die Regierungssozialisten unter die Räder gekommen. Wir dagegen verzichten auf eine Revolutionstheorie à la Lensch, wir setzen ihr die Parole entgegen: mit aller Kraft für Sozialismus und Demokratie! Wir empfinden es schmerzhaft, daß wir immer wieder zu diesen Worten greifen müssen, ohne ihnen klare und erschöpfende Erläuterungen geben zu können, wir wissen, daß damit den Regierungssozialisten durch die ihnen günstigen Zeitumstände ein wohlfeiler Anlaß geboten wird, über „Schlagworte“ und „Gemeinplätze“ zu wädeln, wir haben aber das Vertrauen zu unseren Lesern, daß ihnen der Sinn und die tiefere Bedeutung der Worte: für Sozialismus und Demokratie, gerade durch das Würzburger Gegenpiel klar geworden sind.

Wir sind in eine neue Epoche des deutschen Sozialismus eingetreten. Wir wollen in ihr getreu unserer Ueberzeugung und unserer Erkenntnis ohne ein Pattieren mit Staat und bürgerlicher Gesellschaft, der Sache des Sozialismus zum Siege verhelfen. Darum heißt es jetzt in dieser Zeit mit ihren tausend Widerständen und Hemmungen: Bereit sein ist alles!

Wochenchau.

Vom 16. bis 23. Oktober 1917.

Kriegsereignisse: Fast in allen Abschnitten der Westfront hat in der vergangenen Woche der Artilleriekampf mit außerordentlicher Heftigkeit getobt, dem wahrscheinlich große Infanterie-Angriffe der Franzosen und Engländer folgen werden, von denen einer in Flandern bereits am 22. Oktober eingeleitet wurde. — Im Osten ist die deutsche Heeresleitung durch Zusammenwirken ihrer Land- und Seemacht zur Herrin des östlichen Teiles der Dniepr geworden. Die Inseln Desel, Dagö, Moon, Runow und Abro sind jetzt völlig in deutschem Besitz. In einem Seegefecht haben die Russen außerdem ein Minenschiff verloren. Die wichtige Hafenstadt Reval ist jetzt ernstlich bedroht. — Auch der Luftkrieg ist in der vergangenen Woche recht lebhaft gewesen. Deutsche Flieger haben wieder Dünkirchen mit Bomben beworfen, ebenso die Stadt Nancy. Deutsche Luftschiffe haben auch einen umfassenden Angriff auf eine ganze Anzahl englischer Städte gemacht. Bei der Rückkehr sind vier deutsche Luftschiffe auf französischem Boden verloren gegangen.

Ausland: Die Schweiz steht jetzt im Zeichen des Wahlkampfes. Nach den Kantonswahlen kommt jetzt die Wahl für den Nationalrat an die Reihe. In der Kriegszeit in den neutralen Ländern den Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat verschärft hat, wird der Wahlkampf mit besonderer Heftigkeit geführt. Die im Grünverein organisierten Sozialpatrioten haben bereits die Parole ausgegeben, daß da, wo sie selbst keinen Kandidaten aufstellen, der bürgerliche Kandidat gegen den Sozialdemokraten zu unterstützen sei. — Die Schweizer Friedensgesellschaft hat auf einer Tagung die Aufforderung an den Bundesrat gerichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, die das Zustandekommen eines Völkerbundes und den Eintritt der Schweiz in einen solchen ermöglichen.

In Schweden ist jetzt ein liberal-sozialdemokratisches Ministerium zustandekommen, dem drei Sozialisten, darunter auch Branting, angehören. Die neue Regierung hat sich nachdrücklich für Wahrung der absoluten Neutralität Schwedens erklärt. — Die Reibungen zwischen Schweden und England wegen der schwedischen Ueberschiff nehmen kein Ende, was auf die bekannte Luxemburg-Affäre zurückzuführen ist.

In Frankreich ist die Stellung des Ministeriums Painlevé, vor allem aber die des Ministers des Auswärtigen, Ribot, stark erschüttert. Die Erörterung der Skandal- und Spionage-Affären, in die auch deutsche Diplomaten, so Graf Bernstorff, mit hineingezogen wurden, dauert an.

Die Krisenstimmung, mit der jetzt angesichts der bevorstehenden Liquidierung des Weltkrieges alle Regierungen zu kämpfen haben, hat besonders in Italien zu überaus stürmischen Kammerverhandlungen geführt. Unsere Genossen haben den Kriegs-

hebern und Gewaltpolitikern rückhaltlos die Wahrheit gesagt. Die Wut dieser Elemente kennt daher keine Grenzen. Der ehemalige, jetzt zum Minister avancierte Sozialist Bissolati versiegte sogar zu der Drohung, daß er seine einstigen Parteigenossen mit Maschinengewehren zusammenschießen lassen werde.

In Rußland ist der Kampf zwischen Proletariat und Bürgertum in ein neues Stadium getreten. Das Vorparlament hat zwar seine Tätigkeit nach einer Eröffnungsrede Kerenskis aufgenommen, aber es ist auch gleich am ersten Tage mit den Maximalisten zu einem Konflikt gekommen. Deren Vorträger, Genosse Trotsky, Vorkämpfer des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates, richtete scharfe Angriffe gegen provisorische Regierung und Bürgertum, denen er die Schuld an den Bauernunruhen, an der Verwirrung im Kriegswesen und Gegnerschaft gegen die Konstantine vorwarf, um dann mit seinen Anhängern den Saal mit den Worten zu verlassen, er werde den Arbeitern, Soldaten und Bauern sagen, daß Petersburg, die Revolution und das Volk in Gefahr seien. Wahrscheinlich dienen dem gegenrevolutionären Bürgertum die militärischen Ereignisse in der Dniepr zum Vorwande für eine verstärkte Hege gegen die entchieden revolutionären Elemente. Darauf ist wohl auch zurückzuführen, daß die Regierung ihren Sitz von Petersburg nach Moskau verlegen will, um dem energischen Drängen des Petersburger Sowjets zu entgehen, der diese Flucht bereits scharf gemißbilligt hat. — Die Regierung hat jetzt endlich die vierte Duma aufgelöst und die Mandate der Abgeordneten für null und nichtig erklärt.

Innere Politik: Während der Kaiser eine Balkanreise und Herr Dr. Michaelis einen Absteher nach Kurland machte, hat der Zeitungskrieg gegen und für den Reichskanzler furchtbar getobt. Die Regierungssozialisten markieren nach Art aufgeregter Schmierenskomödianten wütende Opposition gegen Herrn Dr. Michaelis und haben ihn auch in Würzburg als Objekt für ihre Oppositionskomödie benutzt, ohne dem System, dessen politischer Kommiss der Reichskanzler ist, zu Reibe zu gehen. Die anderen Parteien des Inbundes, die den von der Unabhängigen Partei eingebrachten Mißtrauensantrag niederstimmten und dann schleunigst auseinanderliefen, riskieren jetzt auch eine große Lippe. Alle sind jetzt eifrig auf der Suche nach einem neuen Mann. Am possiblersten aber ist der „Vorwärts“. Der betont, daß er überzeugter Republikaner ist, gleichzeitig redet er Tag für Tag der Monarchie gut zu, sie möchte doch im Interesse ihrer Macht und ihres höheren Ansehens um Gottes willen Herrn Dr. Michaelis durch einen anderen Mann ersetzen, der Hand in Hand mit der Mehrheit des Reichstages die deutsche Monarchie herrlichen Zeiten entgegenführe. Nur das Zentrum hält sich in altbewährter Schlaubeit zurück und läßt Freisinnige und Regierungssozialisten sich nach Herzenslust blamieren. In streng vertraulichen interfraktionellen Besprechungen wird jetzt ausgeknobelt, was diese absonderliche Mehrheit eigentlich will, und ob ein Graf Rüdern, oder Herr v. Kühlmann, oder Graf Bernstorff oder gar Fürst Bälów eine bessere Nummer als Dr. Michaelis sei.

Herr Pfarrer Traub hat nicht, wie wir in voriger Nummer mitteilten, sein Landtagsmandat niedergelegt. Er glaubt sich nach wie vor berufen, seine Wähler, die ihn als Fortschrittler gewählt haben, nun auch als führender Vaterlandsparteiler vertreten zu müssen.

Im „Courier“, dem Organ des Deutschen Transportarbeiterverbandes, klagt der Regierungssozialist Müller wehmütig darüber, daß seine Partei das Milliarden Geschenk an die Niederlande nun schließlich doch abgelehnt hat.

Das Ausland über den Panb der „Neuen Zeit“.

(Dem Würzburger Parteitag gewidmet.)

Wie zu erwarten war, findet die Torpedierung der „Neuen Zeit“ durch den Parteivorstand der „Reichsheiter“ und die brutale Dinausdrängung des Genossen Kautsky aus dem von ihm gegründeten Organ, das Gemeingut der gesamten Internationale geworden war, die schärfste Verurteilung der sozialistischen Parteien des Auslands. „Avanti“, das Zentralorgan der italienischen Sozialdemokratie, schreibt in seiner Nummer vom 7. Oktober:

Karl Kautsky, den die ganze wahrhaft marxistisch gesinnte Welt bewundert, ist offiziell und endgültig aus der „Neuen Zeit“ entfernt worden, jener Revue, auf deren Spalten er in reichhaltigen und wertvollen Beiträgen unermüdet für den Sozialismus gewirkt hat. An seine Stelle — als sein Nachfolger, nicht als Fortführer seines Werkes — wurde der bekannte Theoretiker des Sozialimperialismus Heinrich Cunow berufen. Dieses Ereignis hat sich voraussehen lassen und ist eine natürliche Folge der Lage. „Wir sind die Geldgeber“ — sagen die Sozialisten der Rechten, und er bediente sie nicht nach Wunsch. Trotzdem stand die „Neue Zeit“ den sozialistischen Autoren aller Richtungen

offen. Aber das genügt den neuen Herren nicht. Kautsky's Standpunkt war nicht der ihre. Nach soviel Jahren treuer, liebevoller Arbeit an dieser Zeitschrift wurde er vor die Türe gesetzt. Karl Kautsky kann seinen Posten nicht allein mit dem Bewußtsein verlassen, stets treulich seine Pflicht erfüllt zu haben, die ganze sozialistische Welt bringt ihm in diesem Augenblick den Tribut höchster Anerkennung für seine großen Verdienste um den Sozialismus dar und sieht ihn heute mit dem ungebrochenen, nur noch gefestigteren Kampfeswillen scheiden.

Noch schärfer drückt „Rabotnikheski Wjestnik“, das Organ der bulgarischen Sozialdemokratie, in seiner Nummer vom 8. Oktober seine Empörung über den Gewaltstreich des Parteivorstandes aus:

Die deutschen Regierungssozialisten haben dem Unterdrückungsfeind, den sie schon im vorigen Jahre gegen die Opposition in der deutschen Sozialdemokratie begannen, die Krone aufgesetzt. Sie haben die oppositionellen Mitglieder der Reichstagsfraktion zu stummem Gehorsam zwingen wollen und dadurch die Spaltung der Fraktion provoziert; sie haben in der dristalsten Weise den „Vorwärts“ und einige andere Parteiblätter der Arbeiterheit entzogen; sie haben Clara Zetkin aus der Redaktion des von ihr gegründeten und Jahrzehnte lang geleiteten Organs der deutschen und internationalen sozialistischen Frauenbewegung „Die Gleichheit“ herausgeworfen. Es blieb nur noch die Wochenschrift „Neue Zeit“ übrig, das wissenschaftliche Organ der deutschen und internationalen Sozialdemokratie, das noch gegen die nationalstische und imperialistische Politik derer um Scheidemann ankämpfte. Jetzt hat der Parteivorstand der Regierungssozialisten auch dieses Organ den Händen seines Gründers Karl Kautsky entzogen, der es im Verlauf von mehr als drei Jahrzehnten zum maßgebendsten Organ des wissenschaftlichen Sozialismus des kämpfenden Weltproletariats gestaltet hatte. Die deutschen Sozialpatrioten haben ihm den Lohn dafür erteilt und gegen Kautsky erschallte der Bannfluch: Mit roher Gewalt!

Diese Leute haben jeden aus ihrer Mitte verjagt, der einen Wink in ihre nationalstische Muff hineintrug. Jetzt können sie voll Freude über ihre „häusliche Ruhe“ zuschauen, wie die alte deutsche Sozialdemokratie, die stärkste und mächtigste Partei der Welt vor dem Kriege, deren Ueberbleibsel unter ihrer Führung verblieben, dem unerbittlichen Verfall entgegenreißt.

„Der Volk“, das Organ des holländischen Proletariats brachte am 8. Oktober einen Aufruf der Genossen J. F. Ankersmit, J. van der Goot und W. H. Vliegen zur Sammlung von Abonnenten für eine neue, etwa von Kautsky zu begründende Zeitschrift. Wir haben leider diese Nummer nicht erhalten, sondern erfahren von diesem Aufruf nur durch eine Notiz vom 12. Oktober, die mitteilt, daß bereits 82 Abonnenten in den vier Tagen gesammelt seien. Das Blatt schreibt, daß es über die Pläne Kautsky's nicht unterrichtet sei, die Absicht des Aufrufes sei, ihm einen Beweis von Sympathie zu geben, der zugleich einen praktischen Beistand bedeute.

Das Interesse der internationalen Sozialdemokratie erfordert, wie wir meinen, daß Kautsky die Möglichkeit gegeben wird, fortbauend mit ihr in Verbindung zu bleiben durch das Mittel einer Zeitschrift.

Auch die in Holland lebenden belastigten Genossen beschäftigen sich mit der „Torpedierung“ der „Neuen Zeit“. Vorläufig bringt ihr Organ, „Der belgische Sozialist“, nur diese wenigen Zeilen:

Kautsky war der Begründer der Zeitschrift und war bereits seit 81 Jahren mit ihr verknüpft. Die Scheidemänner beharren also bei ihrer Politik der eisernen Faust.

Sie haben damit begonnen, die Redaktion des „Vorwärts“ auf die Straße zu werfen; dann kam Clara Zetkin in ihrer Eigenschaft als Redakteurin des Blattes „Die Gleichheit“ an die Reihe, um zum Schlusse dem alten Kautsky nach der Reihe zu greifen.

Ohne vollkommen in die deutschen Zustände eingeweiht zu sein, meinen wir doch, daß die Scheidemänner ein gefährliches Spiel spielen. Sie sollen wohl auch einmal an die Reihe kommen.

In der französischen sozialistischen Presse finden wir bis jetzt nur die kurze telegraphische Mitteilung über die „Tat“ des Parteivorstandes.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ schrieb über das Vorgehen gegen Kautsky:

„Karl Kautsky von der „Neuen Zeit“ entlassen; man faßt es kaum und die Nachricht wird überall, wo man sich des Zusammenhanges mit der internationalen Sozialdemokratie noch bewußt ist, als eine der peinlichsten Uebergriffe empfunden werden, die einem die deutsche Partei bereiten konnte. Die „Neue Zeit“ ist nicht das erste Blatt der Partei, an dem die Wandlung von einer oppositionellen zu einer mehrheitsfrommen Gesinnung vollzogen werden soll, vielmehr sind dieser letzten Umwandlung viele vorangegangen. Vor allem die des „Vorwärts“, die gleichfalls durch einen vollständigen Redaktionswechsel bewirkt wurde, dann mehrere Provinzialblätter, unter denen die der „Bremer Bürgerzeitung“, die aus einem der „linksten“ Blätter zu einem Organ von Sucht und Ordnung wurde, was wegen ihrer Blödsinnigkeit und Gröndlichkeit geradezu heiter wirkt, bis schließlich das Schicksal der „Gleichheit“ ereilte, das Blatt der proletarischen Frauen, die von Clara Zetkin durch den ganzen Krieg hindurch im unbedingten oppositionellen Geiste geleitet worden war; auch ihr wurde gekündigt und auch sie fand sich plötzlich entboden und das Oppositionsblatt wurde sogleich ein Mehrheitsblatt. Aber hier handelt es sich um Karl Kautsky, den letzten, der die gegenwärtige Zeit mit dem Goldenen Zeitalter der Partei verknüpft, um den großen Theoretiker der Partei, dessen Ansehen in der ganzen Internationale unbestritten ist, um den Mann, der geradezu der Inbegriff der marxistischen Forschung und des internationalen Gedankens der Sozialdemokratie ist; um das wissenschaftliche Organ der Partei, das mit Kautsky's Namen und Persönlichkeit so verknüpft ist, daß es geradezu unentbehrlich schien, es von ihm trennen zu können. Und diese Trennung wird nun mit einem Federstreich vollzogen!

Es ist Mode geworden, über Rautskys „Vulgärmärzismus“ die Nase zu rümpfen, aber wir haben immer den Eindruck gehabt, daß damit gemeinhin nur die eigene Charakterstärke derbedeckt werden soll. In Wahrheit haben gerade die letzten Arbeiten Rautskys, die Studien über die jüdische, die belgische, die eltsch-lothringische Frage, die leuchtenden Eigenschaften dieses Forschers von neuem gezeigt: seinen Scharfsinn sowohl wie seine unbestechliche Ehrlichkeit, seinen Trieb zur Wahrheit und seine Gestaltungskraft. In dem Augenblicke, da Rautsky von dem Blase scheidet, an dem er Jahrzehnte gewirkt hat, ist es ein wahres Bedürfnis, ihm zu sagen, was wir alle von ihm denken, die wir von ihm durch all die Jahre hindurch Anregung, Entwicklung, Belehrung empfangen haben.

Was der Sozialdemokrat sieht, ist die erste erschütternde Tatsache, daß die deutsche Partei Karl Rautsky in ihren Reihen nicht mehr vertritt. Aber er weiß, daß sich Rautsky nicht geändert hat, daß er der gleiche alte revolutionäre Sozialdemokrat ist, der er immer war, und so bleibt ihm kein anderer Schluß übrig als der, daß sich eben die Partei geändert hat. Wenn der Mann in der Partei nicht mehr möglich ist, der ihr das Parteiprogramm formuliert hat, der ganze Generationen von Schülern herangebildet hat, der so lange ihr geistiges Haupt gewesen ist: dann muß in dem Wesen der Partei eine schwere Krankheit liegen, die zur eindringlichen Selbstbelehrung mahnt. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ hat aus den Verhandlungen des Würzburger Parteitages ersahen können, wie es um die „Selbstbelehrung“ ihrer Freunde bestellt ist.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 28. Oktober, findet der vierte und letzte musikalische Vortrag des Genossen Leo Kestenberg über Mozart mit Erläuterungen am Klavier statt.

Sonntag, den 4. November, abends 8 Uhr, beginnt der vier Abende umfassende naturwissenschaftliche Vortragszyklus des Genossen Käthe Dunker.

Die Bibliothek der Schule ist auch für die Mitglieder der Groß-Berliner Wahlvereine an jedem Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag Abend geöffnet und kann auch von denen unentgeltlich benutzt werden, die nicht Hörer irgend eines Kurses sind. Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch des Wahlvereins, für Hörer der Kurse auch die Hörerkarte.

Jugendweihe Oken 1918.

Die Arbeiterkinder, deren Kinder am kommenden Oken die Schule verlassen und die ihren Sohn oder ihre Tochter an der Jugendweihe unserer Arbeiterjugend teilnehmen lassen wollen, werden ersucht, schon jetzt die Anmeldungen im Jugendsekretariat, Schilderstraße 5, Hof 2 Treppen, vorzunehmen. Die Jugendweihe findet am 17. und 24. März 1918 im Festsaal des Stadthauses, Klosterstraße, gemeinsam mit der Jugendweihe der freireligiösen Gemeinde statt. Ebenda werden auch die Jugendweihen im Herbst 1918 und zwar am 22. und 29. September abgehalten.

Es sei daran erinnert, daß irgendein geistlicher Zwang zur Teilnahme am Konfirmandenunterricht und an der Konfirmation nicht besteht. Arbeiterkinder, die kein inneres Band mehr mit der Kirche verbindet und die vielleicht auch schon das äußere Band mit der Kirche gelöst haben, werden den Wunsch haben, ihren Kindern beim Eintritt ins Leben eine Feier zugänglich zu machen, die ihrer Ueberzeugung und ihrer Weltanschauung entspricht. Eine solche Feier ist unsere Jugendweihe. Es ist selbstverständlich, daß die Teilnahme an unserer Jugendweihe die Teilnahme an einer kirchlichen Konfirmation ausschließt. Die Anmeldungen sollen schon jetzt vorgenommen werden, weil den Kindern vor der eigentlichen Jugendweihe Gelegenheit gegeben werden soll, die Grundgedanken unserer freien Weltanschauung, soweit das ihrem jugendlichen Verständnis angepaßt ist, kennen zu lernen.

Alles Nähere wird bei der Anmeldung bekannt gegeben, die wir recht bald vorzunehmen bitten.

An die Bezieher des Mitteilungsblatt!

Die Bezieher des Mitteilungsblatt werden dringend ersucht, alle Bestellungen und Geldsendungen, die für das Mitteilungsblatt bestimmt sind, nur an die persönliche Adresse des Kassierers

Rich. Herbst, Berlin O 27, Schilderstr. 5, zu richten. Alle anderen Adressierungen, wie „An den Verband“, „An das Mitteilungsblatt“ oder an „Adolf Hoffmann“ haben mit großen Schwierigkeiten und Verzögerungen zu rechnen.

Stärkt die Unabhängige sozialdemokratische Organisation!

Nur der Sozialismus kann die Menschheit von Not und Elend vom wirtschaftlichen und politischen Druß erlösen. Dafür muß der Einzelne kämpfen. Geführt wird der politische Kampf von politischen Organisationen. Sie zu stärken und sie zu einem einflussreichen Faktor im öffentlichen Leben zu machen, das sollte Pflicht eines jeden politischen Unterdrückten sein.

In Groß-Berlin vereinigen die Sozialdemokratischen Wahlvereine alle die Männer und Frauen, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehen und für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpfen.

Erfülle jeder seine Organisationspflicht und erkläre seinen Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein des Reichstagswahlkreises.

An unsere Postabonnenten!

Uns gehen vielfach Beschwerden zu darüber, daß manche Postanstalten die Besteller des Mitteilungsblattes mit der Begründung abweisen, das Mitteilungsblatt stünde nicht in der Postzeitungsliste.

Wir machen darauf aufmerksam, daß unser Blatt in der 13. Nachtragsliste auf Seite 11 verzeichnet ist und wir bitten in geeigneten Fällen darauf hinzuweisen.

Gleichzeitig sei mitgeteilt, daß wir für die im Felde stehenden Genossen ein Feldpostabonnement

eingesetzt haben zum Vierteljahrspreis von 1,30 Mk. Bestellungen werden von dem Verlag des Mitteilungsblattes, Schilderstraße 5, angenommen und von hier aus erledigt.

Verlag und Redaktion des Mitteilungsblattes.

Aus den Organisationen.

Schöneberg. Dienstag, den 30. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Paendel, Vorbergstr. 11, die General-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Bernstein. 2. Aufstellung der Stadtverordneten-Kandidaten. 3. Wahl eines Wahlkomitees. 4. Bericht von der Verbands-General-Versammlung. Das Erscheinen jedes Einzelnen ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Wahlverein Reinickendorf-Ost. Sonntag, den 28. Oktober 1917, abends 7½ Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Verner Str., Vortrag mit Lichtbildern über Kleinwohnungsfürsorge. Vortragender: Herr Dr. Bernoulli, Direktorialassistent am Rgl. Kunstgewerbemuseum. Eintritt 20 Pfennig.

Reinickendorf-Ost. Frauen-Vesabend am Montag, den 29. Oktober 1917, 8 Uhr, bei Sadan, Residenzstraße 124.

Neukölln. Montag, den 29. Oktober, abends 8½ Uhr, findet in der Passage, Bergstr. 151/52, der Vesabend statt. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Wurm. Thema: Die Frau in heutiger Zeit. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 28. Okt., vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17: Neukölln, Idealkasino, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 48, bei Otto Bamp: Freireligiöse Vorlesung. — Vorm. 10½ Uhr, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. Paul Krieger: Der moderne Mensch und seine Sippe. Gäste willkommen.

Jugendsektion Tempelhof-Mariendorf. Mittwoch, den 31. Oktober, im Lokal von Löwenhagen, Mariendorf, Rathausstraße: Vortrag „Luther und seine Zeit“.

Tempelhof-Mariendorf. Am Sonntag, den 4. November, findet im Lokale von Herold, Mariendorf, Chausseestraße 288, eine Schulentlassungsfeier statt. Das Programm setzt sich zusammen aus Regitationen, Gesangsvorträgen, Liedern zur Laute und turnerischen Aufführungen. Wir bitten die Genossinnen und Genossen, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen und die Feier selbst zu besuchen.

Quittung.

Für den Pressefonds: Von einem Feldgrauen M. H. 2 Mk.

Für Agitation: A. J. 2 Mk., J. B. 25 Mk.

5. Wahlkreis.

Dienstag, den 6. November, abends 8 Uhr, Unionsäle, Greifswalder Straße:

Gemeinsamer Zahlabend.

Tagesordnung: Der Würzburger Parteitag. Der Vorstand.

Allen Freunden, Bekannten, Genossinnen und Genossen die traurige Mitteilung, daß am 24. Oktober meine liebe Gattin und unsere sorgende Mutter

Emma Müller

im Alter von 49 Jahren nach langem Leiden im Urban-Krankenhaus gestorben ist.

In tiefem Schmerz

Hermann Müller, Schivelbeinerstr. 40.

Alfons Müller, als Söhne.

Walter Müller, als Söhne.

Männerchor Reinickendorf-Ost.

(M. d. A.-S.-B.)

Am 20. September 1917 fiel unser Sangesbruder

Hermann Gartsch

im Alter von 24 Jahren. Wieder hat der Krieg einen der Besten aus unseren Reihen gerissen.

Der Verstorbene hat sich durch seine liebenswerten persönlichen Eigenschaften ein bleibendes Andenken im Verein gesichert.

Männerchor Reinickendorf-Ost.

Der Vorstand.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

2. Wahlkreis.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 2. September 1917 unser lieber Genosse, der Maler

Theodor Heidemann

6. Abteilung.

Wir verlieren in dem Entschlafenen einen unserer besten Parteigenossen, der stets für die Interessen des Proletariats gekämpft hat. In seinem Sinne wollen wir weiter kämpfen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

6. Wahlkreis.

Am 4. Oktober fiel der 28 jährige Konditor

Walter Grünberg

Driesenerstr. 29, 6. Abt., Bez. 571.

Durch Granatschuß fiel am 26. Juli der 29 jährige Arbeiter

Bruno Hüge

Reinickendorferstr. 94, 20. Abt., Bez. 797.

Am 6. Oktober fiel der 37 Jahre alte Schlosser

Max Fikinger

Koloniestr. 7, 19. Abt., Bez. 882.

Wahlverein Neukölln.

Als Opfer des Weltkrieges verloren wir den Genossen

Poleise

21. Bez., Teil 6, Persfurstr. 11.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

2. Wahlkreis.

Am 10. d. M. starb unser alter, lieber Genosse, der Bezirksführer, Tischler

Emil Sangemann

Krandsstr. 28, Bez. 64 B, 6. Abt.

6. Wahlkreis.

Am Mittwoch, den 14. Oktober, verstarb unser Mitglied

Emma Müller

Schivelbeinerstr. 40, 6. Abt. Bezirk 559, im Alter von 49 Jahren.

Wahlverein Charlottenburg.

Am 20. September ist unser fleißiger Mitarbeiter, der Genosse

Oswald Finne

an den Folgen einer Verletzung durch Granatsplitter gestorben.

Die Genossen der 8. Gruppe.

Ehre ihrem Andenken!

Stockholm.

Das Stockholmer holländisch-skandinavische Komitee hat ein Manifest an die Sozialisten sämtlicher Länder gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß ein Völkerbund gegründet werden soll auf der Grundlage einer allgemeinen Abrüstung, der Abschaffung aller wirtschaftlichen Kriege und der parlamentarischen Aufficht in der auswärtigen Politik. Von den Ententesozialisten wird erwartet, daß sie energisch die Forderungen verlangen, die zum Besuche einer internationalen Konferenz nötig sind. Alle Sozialisten werden ermahnt, im Kampfe gegen den Annexionsismus und Imperialismus ihre ganze Kraft einzusetzen. In dem Manifest heißt es wörtlich:

„Das Organisationskomitee der Stockholmer Konferenz hat seine Mitglieder, die zur Partei der neutralen Länder gehören, ersucht, in Bezug auf den Beschluß der Konferenz vorläufig einen konkreten Vorschlag zu formulieren, worin alle sozialistischen Parteien sich anschließen können, und der als Basis für Friedensverhandlungen dienen kann. Unter diesen Umständen nehmen die unterzeichneten Vertreter der sozialistischen Parteien von Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland die Verantwortung auf sich für die folgenden Ideen, in der Überzeugung, daß dem Kriege, der Europa vollständig zugrunde richtet und für Jahrhunderte hinaus das heutige und zukünftige Geschlecht zu vernichten droht, ein Ende bereitet werden kann.“

Seit drei Jahren stehen unermessliche Armeen auf allen Fronten einander gegenüber, und den gestrigen Siegen folgen heute Niederlagen. Frankreich ist nicht unterdrückt, und Deutschland ist nicht auseinandergerissen; Großbritannien ist noch immer kräftig und Deutschland immer noch nicht minder mächtig. Die Erfahrungen in diesen drei Kriegsjahren bringen uns zu der Überzeugung, daß es weder Sieger noch Besiegte geben wird, weder 1917 noch 1919 oder später. Der gegenwärtige Krieg hat die Probleme, die zu einem Ausbruch führten, nicht gelöst. Die Welt scheint endlich begriffen zu haben, daß das System der Gewalt vor dem System des Rechts verschwinden muß. Fortan müssen Streitigkeiten vor einem Schiedsgericht entschieden werden. Dieser Grundsatz kann sofort angewendet werden, unter der Voraussetzung, daß eine Politik angenommen wird, die Abschaffung des Protektionismus und Militarismus einschließt. Alle Völker müssen über die Möglichkeit verfügen, sich wirtschaftlich frei entwickeln zu können. Der Hauptzweck der sofortigen Aktion des Proletariats muß die internationale Abrüstung sein, die notwendig geworden ist, infolge der Erschöpfung der Staaten. Wenn die kriegsführenden Länder in diesem Sinne einig sind, dann wird der Völkerbund zustande kommen und ein Dauerfriede entstehen. Aus dem Gleichgewichtsstand der militärischen Mächte folgt, daß der Frieden morgen nicht durch einen Sieger oder einen Besiegten erzielt werden könne, es sei denn ein Verständigungsfriede. Dieser Friede kann geschlossen werden, und zwar auf Grund des status quo ante mit Änderungen, die die Lösung derjenigen Fragen nach sich zieht, die diesen Krieg verursacht, und die sich während des Krieges

herausgestellt haben. Das ist ein Friede ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigungen, ein Friede, der die Freiheit aller Länder berücksichtigt, oder wenigstens die Möglichkeit für die Nationalität gewährt, sich frei zu entwickeln, im Rahmen ihres eigenen politischen Milieus.

Unsere Vorschläge sind von dem Grundgedanken erfüllt, daß der Frieden ein Versöhnungsfriede sein soll und daß er sich den sozialistischen Ideen anpassen soll. Die belgische und elsaß-lothringische Frage sind bisher die Hindernisse für einen Frieden gewesen. Territoriale Fragen, die den Balkan, Polen und das Trentino betreffen, müssen natürlich durch die Friedensverträge gelöst werden. Die Lösung der nationalen Fragen darf den Friedensschluß nicht verschieben. Für die Lösung dieser nationalen Fragen könnte eine Kommission eingesetzt werden, die zur Folge hätte, ein internationales Institut zur Lösung derjenigen Fragen zu errichten, die bei den Friedensverhandlungen nicht gelöst werden könnten. Der Grundgedanke müßte sein: keine Annexionen, sondern Räumung aller besetzten Gebiete in Europa und in den Kolonien. Ferner Wiederherstellung dieser Gebiete an diejenigen Staaten, die sie vor dem Kriege besessen haben. Vollständige Herstellung der politischen Freiheit, sowie der territorialen Unabhängigkeit, die diese Staaten während des Krieges ganz oder teilweise verloren haben. Freundschaftliche Grenzverträge sind nicht ausgeschlossen. Grenzverträge müssen aber unter Zustimmung der betreffenden Einwohner geschlossen werden.

Die besonderen Bedingungen lauten: Vollständige politische und wirtschaftliche Wiederherstellung von Belgien und kulturelle Selbständigkeit für Flandern und Wallonien, Vergütung aller Steuern und Beschlagnahmen, die im Widerspruch mit den internationalen Rechten stattgefunden haben; die Lösung der elsaß-lothringischen Frage kann durch eine Abstimmung, an der die Wähler teilnehmen, die dauernd in diesen Ländern wohnen, oder die während des Krieges das Gebiet verlassen mußten und zurückkehren verlangen, herbeigeführt werden; Garantien für eine freie Abstimmung müssen gegeben werden. Wiederherstellung der Unabhängigkeit Serbiens, das sich mit Montenegro vereinigen soll; Serbien soll mit Bulgarien und Griechenland einen freien Zugang zum Meere haben; die südslawischen Völker müssen über eine völlige Freiheit unter wirtschaftlicher Aufsicht verfügen und sollen zu einem einzigen, verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Bezirke vereinigt werden; Vereinigung aller bulgarischen Elemente mit dem Mutterlande; Errichtung eines freien, unabhängigen Polens unter Garantie der wirtschaftlichen Entwicklung und für Autonomie der jüdischen und anderen Minoritäten; territoriale Unabhängigkeit der Nationalitäten in Rußland im Rahmen der föderativen Republik unter Garantie für die Rechte der Minoritäten. Unabhängigkeit Finnlands, das mit der russischen Republik vereinigt werden soll; Lösung des böhmischen Problems in dem Sinne, daß die Böhmen einen Staat bilden und mit Österreich-Ungarn in einem bundesstaatlichen Verhältnis stehen; freundschaftliche Lösung der Frage von

Nord Schleswig durch ein Übereinkommen zwischen den daran interessierten Staaten auf der Basis einer Grenzregulierung im Einvernehmen mit den Bewohnern; territoriale Wiederherstellung von türkischen Armenien und Garantien für eine Weiterentwicklung; internationale Lösung der jüdischen Frage, versöhnliche Selbständigkeit der Juden in Rußland, in Österreich, Rumänien und Polen, wo Juden in dichten Massen wohnen unter Protektion der jüdischen Kolonisten in Palästina.“

Wie die Dinge jetzt gediehen sind, kann dieses Manifest nicht viel mehr als platonische Bedeutung haben. Es ist das akademische Produkt des neutralen Reform- und Regierungsozialismus und es ist bezeichnend, daß der russische Konferenzausschuß in Stockholm, der bisher mit dem holländisch-skandinavischen Komitee Hand in Hand gearbeitet hat, seine Unterschrift nicht darunter gesetzt hat. Vor allem wird aber in diesem Manifest der Friedensschimmel am Schwanz aufgesäumt. Was nützt die genaue Formulierung der Haupt- und Nebensagen eines noch in nebelgrauer Ferne schwebenden Friedensvertrages, wenn, wie das hier im Manifest geschieht, so ganz nebenbei und oberflächlich Nachdruck auf die aktive Mitarbeit des internationalen Proletariats zur schnellen Beendigung des Völkermürgers gelegt wird. Die Parteileitungen, Regierungen und schließlich auch die Regierungsozialisten und Sozialpatrioten aller Länder werden sich dem Teufel um die akademischen Formeln dieses Manifestes kümmern. Das Verhalten des internationalen Regierungsozialismus während der letzten Wochen zeigt, daß er aus den imperialistischen Fesseln, die ihn mit seinem jeweiligen „Vaterlande“ verbinden, nicht loskommen kann, trotz aller Rathsalgereien, die er mit den zurzeit regierenden Staatsmännern hat. Das hat der Kongreß von Bordeaux bewiesen, das zeigt sich noch viel deutlicher auf dem Würzburger Parteilage. Wie könnte z. B. der französische und der deutsche Regierungsozialismus jetzt noch zu einer Verständigung über Elsaß-Lothringen kommen? Seit mehr als vier Monaten wird von den Regierungsozialisten ungeheuer viel über einen „Verständigungsfrieden“ geschrieben und geredet, in Wirklichkeit aber wird von ihnen alles getan, die Verständigungsmöglichkeiten zu verwirren und zu hintertreiben, wobei einer dem andern die Schuld zuschiebt. Es ist daher auch kein Wunder, daß der deutsche, ebenso wie der französische und englische Regierungsozialismus durch sein tatsächliches Verhalten zu erkennen gibt, daß er keinen Wert mehr auf das Zustandekommen der Stockholmer Konferenz legt.

Solange die Möglichkeit bestand, in Stockholm den Regierungsozialismus zur Demaskierung zu zwingen und ihn, oder wenigstens Teile von ihm, zu einer

Unser täglich Brot.

Von Dr. med. S. Drucker.

II.

Unser Kriegsbrot ist ein echtes Kleibrot. Bereits im Januar 1915 hat man befunden, daß der Roggen mindestens bis 33 Prozent auszumahlen sei, und im März dieses Jahres ist der Ausmahlungsgrad sowohl für Roggen wie für Weizen auf 94 Prozent erhöht worden. Da die jedesmal weglassenden Verunreinigungen an sich schon einige Prozent betragen, so gelangt heute abgesehen von den äußersten Schalenhäuten des Getreidekörns die gesamte Kleie ins Backmehl. — nicht bloß erhebliche Teile, wie es in einer amtlichen „Aufklärung“ heißt. Dadurch hat man zwar den beabsichtigten Zweck erreicht, der verfügbare Mehlvorrat ist um ungefähr ein Viertel gestiegen, aber wir haben gegen das bekömmliche und gut verdauliche Graubrot des Friedens ein Vollkornbrot mit allen erdenklichen Schattenseiten eingetauscht. Auf Grund neuerer Untersuchungen scheint es wohl, wie wenn der menschliche Darm bei längerer Gewöhnung ein wenig mehr aus der Kleie herausziehen könne, doch das meiste bleibt, wie die alten Erfahrungen schon zeigten, unausgenutzt, wird als überflüssiger, ja nachteiliger Ballast durch die Verdauungsorgane hindurchgetrieben. Man hat unter dem Zwange der Kriegsnot das in den letzten Friedensjahren schon bearbeitete Problem wieder aufgegriffen, durch eine andersartige Verarbeitung die Kleie so zu verändern, daß sie von den Verdauungsorganen zerlegt werden könnte; wertvolle Nährstoffe hätte man dann der menschlichen Ernährung zugänglich gemacht, ein unverdauliches Stremittel wäre in ein kostbares Nahrungsmittel umgewandelt. Und wirklich ist es gelungen, das Problem zu lösen. Es existieren heute bereits mehrere wirksame Methoden zur Aufschließung der Kleie. Leider aber fehlt es in der Gegenwart an Maschinen, um die Erfindung in größerem Maßstabe verwerten zu können, und so muß es einer späteren Zeit, wenn Material und Arbeitskräfte nicht mehr für Geschütze und Geschosse verbraucht werden, vorbehalten bleiben, aus dieser Erfindung Nutzen zu ziehen, — mögen wir auch gerade jetzt eine Vermehrung unserer Nahrung am dringendsten nötig haben. — Im übrigen besitzt

die heute zur Verfügung stehende Kleie garnicht einmal mehr den alten Nährwert, weil sie des eiweiß- und fettreichen Getreidekeims beraubt ist. Dieser wird nämlich schon seit Monaten vor dem eigentlichen Mahlprozeß maschinell entfernt, gesammelt und dem Kriegsausschuß für Öle und Fette zur Ausnutzung überlassen.

Wäre die Kleie nur unverdauliches Sättigungs- und Füllungsmittel für Magen und Darm, man könnte sich schließlich damit abfinden. Aber die hundertfältigen Erfahrungen der Kriegszeit haben gelehrt, daß sie auch die Bekömmlichkeit des Brotes beträchtlich verschlechtert. Die ausgenommene Nahrung geht bei Anwesenheit der Kleie in saure Gärung über, oft schon im Dünndarm, es bildet sich Buttersäure und Essigsäure, der Darm wird abnorm gebläht und gereizt. Da die stark ausgemahlene Mehle leichter als die hellere verderben, ist nicht selten das Kleiemehl muffig und bitter; wieder kann sich dadurch eine Beeinträchtigung des Appetits und der Verdauung ergeben. Dem weislichen Bauern mag sein Kleibrot nichts schaden: er hat einen sehr widerstandsfähigen Darm und sein Brot, gewöhnlich von ihm selbst hergestellt, ist gut durchgesehen und ausgetrocknet. Wir Städter sind aus anderem Holz geschnitten. Unsere Verdauungsorgane sind empfindlicher, sie sind, zum Teil durch den früheren Weißbrotgenuß, verweichlicht und vertragen nicht so grobe Kost. Dazu kommt noch, daß die Behandlung des Brotes durch den Bäcker sehr zu wünschen übrig läßt. Die Kleie setzt sowieso schon die Backfähigkeit des Teiges herab, insofern, als der Kleber der Hülsen — man nennt ihn den fallenden im Gegensatz zum echten des inneren Teils des Korns — das Mehl nicht gleichmäßig bindet; ferner nimmt das kleiehaltige Mehl wegen seines Schalenreichtums beim Ansteigen mehr Wasser auf als das reine, weiße. Wird nun das Brot der Backhitze nicht lange genug ausgesetzt, dann entsteht ein klüftiges, feuchtes Gebäck, das vom Schimmelpilz befallen wird, falls man es zum Austrocknen beiseite legt, das Leibschmerzen verursacht, wenn man es frisch verzehrt. Verwendet dagegen der Bäcker viel Sauerteig, um das Brot aufzulockern, so ruft sein Fabrikat eine richtige Blähsucht hervor, wenn nicht gar Durchfall.

Man hat sich nicht damit begnügt, unsere Mehl-

vorräte mit Hilfe von Kleie zu vermehren. Als die Brotportion Anfang 1915 plötzlich wesentlich vergrößert werden mußte, begannen viele Leute, die sich einbildeten, von der Volksernährung etwas zu verstehen, eine lebhaft propagierte für verschiedene Ersatzmittel, um ein Wiederherauslockern der Brotmenge zu ermöglichen. Auch die Regierung hat sich von dieser „Streckmanie“, wie Rubiner, einer der bedeutendsten Physiologen, sich spöttisch ausdrückt, nicht freihalten können, sie hat im Laufe der Kriegsjahre eine lange Reihe von Surrogaten zugelassen. Bedauerlicherweise sind die besten Streckmittel, nämlich die übrigen Getreidesorten, am wenigsten herangezogen worden; selbst die in großen Massen vorhandene Gerste, die ein vorzüglich geeignetes Mehl liefert, hat man nur in geringem Umfange vermahlen, weil man die Erzeugung von Bier für wichtiger hielt. Eine große Rolle als Brotzusatz spielte die Kartoffel. Schon Ende 1914 wurde ihre Verwendung angeordnet, nachdem das um Rat gefragte Kaiserliche Gesundheitsamt „wesentliche Bedenken“ nicht erhoben, nur eine geeignete Anordnung des Backverfahrens verlangt hatte. Den Vorschlag des anderen Gutachters, der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinwesen, hat die Regierung allerdings nicht befolgt. Die Sachleute dieser Kommission hatten auf den geringeren Eiweißgehalt der Kartoffel hingewiesen und eine Erhöhung der Brotmenge empfohlen, damit der durch den Genuß des Kartoffelbrotes bedingte Eiweißmangel wieder ausgeglichen würde. Auch später ist die Mahnung dieser Autoritäten nicht beachtet worden, obwohl durch den Zusatz von Rohkräuten, Weizenkleie und anderen minderwertigen Produkten das Defizit an Nährstoffen im Brot sich noch vergrößert hatte. Nun, wo das Kartoffelbrot seine Wiederaufnahme feiern soll, ist die Frage von neuem aktuell geworden. Anscheinend wird sie aber jetzt ebensowenig wie das erste Mal befriedigend gelöst werden. Und doch ist gerade heute, in der Zeit drückendster Lebensmittelmangel, ein in ausreichender Menge vorhandenes, gut verdauliches und bekömmliches Brot unabwiesbare Notwendigkeit. Die hygienische Forderung, die im Interesse der Volksgesundheit erhoben werden muß, kann nur lauten: Erhöhung der Brotportion und Verabreichung des Kleiegehaltes durch Verabreichung des Ausmahlungsgrades.

Mitarbeit an einer schnellen Beendigung des Krieges zu drängen, solange sind wir für die allgemeine große, von den Russen einberufene Weltkonferenz eingetreten. Inzwischen hat der Regierungssozialismus seinen Bankrott immer deutlicher vollzogen, immer größere Proletariatsmassen sind von seiner Unzuverlässigkeit überzeugt worden, der MS, der durch die sozialistischen Parteien fast aller Länder hindurchgeht und die klare Scheidung in ein sozial-imperialistisches und reformerisches Lager auf der einen, und ein international-revolutionäres Lager auf der anderen Seite bewirkt hat, schließt jetzt jede gemeinsame Konferenzarbeit mit dem Regierungssozialismus aus. Angesichts der großen Hoffnungen, die viele Volkskreise auf Stockholm gesetzt hatten und angesichts der lauten regierungssozialistischen Friedensdeklamationen mußte der Friedensbankrott des Regierungssozialismus erst zur rechten Reife kommen, mußte den weniger geschulten Arbeitermassen erst klar werden, daß die alte Internationale nicht wieder in ihrer alten Gestalt auferstehen könne, sondern daß auch in ihr der Trennungsstrich zwischen Sozialimperialismus, Nationalsozialismus usw. und proletarisch-internationalen Sozialismus gezogen werden müsse. Und die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer neuen proletarisch-revolutionären, entschiedenen anti-imperialistischen Internationale muß jetzt mit aller Kraft bei den Arbeitern gefestigt und in immer weitere Kreise getragen werden. In diesem Zusammenhange verweisen wir auf die Rede, die Genosse Ledebour am 10. Oktober im Reichstage gehalten hat.

Das Manifest des holländisch-skandinavischen Komitees hat also nur akademischen Wert für uns. Die Stellungnahme unserer Partei kann jetzt nur bestimmt werden durch die Zusammenarbeit mit jenen Parteien, die auf dem Boden der Zimmerwalder und Rienthaaler Grundanschauungen stehen.

Strömungen unter den belgischen Sozialisten.

Es ist seit längerer Zeit bekannt, daß die belgischen Sozialisten durchaus nicht einheitlich hinter Vandervelde und De Broodere stehen. Einen neuen Beweis für die ziemlich beträchtlichen Unterschiede in der Auffassung zwischen den beiden Parteiführern und dem Generalkomitee der Partei einerseits und den Belgiern in England, in Holland und den Blamen andererseits bietet ein Interview, das der französische Arbeiterbelgier Raoul Verfeuil mit dem Belgier Cefelers hatte, und ein Aufsatz von Jacques Resnais im „Socialiste Belge“.

C. Cefelers war einer der Delegierten, die von den nach England geflüchteten Belgiern zur Interalliiertenkonferenz nach London entsandt worden waren. Mit ihm hatte Verfeuil eine Unterhaltung, aus der wir folgende Tatsachen entnehmen:

Die belgischen Arbeiter in England, vor allem die Metallarbeiter, deren Syndikat etwa 6000 Mitglieder umfaßt, teilen nicht die Ansichten Vanderveldes in bezug auf eine Konferenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus. Sie sind Anhänger des Konferenzgedankens und glauben bestimmt, daß die in Belgien gebliebenen Arbeiter in der Mehrheit ebenso denken. Mindestens zwei Provinzen, Anvers und Gand, stehen auf ihrem Standpunkt und Ansele hat sich bereit erklärt, nach Stockholm zu gehen, wenn die Organisationen es beschließen. De Broodere und Vandervelde sind nicht die Interpreten der Gefühle des belgischen Volkes, ob es nun sozialistisch sein mag oder nicht. Wenn diejenigen, die man die Minderheitler nennt, nicht die Mehrheit in Belgien sind, so sind sie doch zum mindesten eine sehr starke Minderheit.

Es war auch von einer mysteriösen Depesche die Rede, die auf der Interalliiertenkonferenz eingetroffen ist, und der Cefelers eine gewisse Ähnlichkeit mit dem später desavouierten Telegramm Kerenskiis an die englische Regierung beimißt.

Von den belgischen Genossen in Holland sagt Cefelers, daß sie noch weiter gegangen seien, als sie selbst. Sie haben den Genossen Jamar als Delegierten nach Stockholm gewählt und den Betrag von 800 Fr. zur Deckung der Delegationskosten mittels Selbstbesteuerung aufgebracht.

Die Friedensbedingungen des russischen Arbeiter- und Soldatenrates.

In Kürze wird in Paris eine Konferenz der Entente-regierungen stattfinden, die über die Kriegsziele beraten soll. Zu dieser Konferenz entsendet der russische Arbeiter- und Soldatenrat einen Vertreter, den früheren Arbeitsminister Genossen Skobelow. Dieser geht mit folgendem festen Programm der russischen Demokratie nach Paris:

1. Räumung Rußlands durch die deutschen Truppen, Autonomie für Polen, Litauen und die lettischen Provinzen.
2. Autonomie für Türken-Armenien.
3. Lösung der elsaß-lothringischen Frage durch Volksabstimmung unter Bedingung völliger Freiheit der Abstimmung.
4. Wiederherstellung Belgiens und Entschädigung für seine Verluste aus einem internationalen Fonds.
5. Wiederherstellung Serbiens und Montenegros mit Entschädigungen, die von einem inter-

nationalen Fonds aufzubringen sind. Serbien erhält einen Zugang zum Adriatischen Meere. Bosnien und die Herzegowina sollen autonom werden.

6. Die strittigen Gebiete auf dem Balkan erhalten vorläufig Autonomie bis zu einer Volksabstimmung.

7. Rumänien wird in denselben Grenzen wiederhergestellt und gibt das Versprechen, der Dobrudscha Autonomie zu gewähren, und verspricht feierlich, Artikel 3 des Berliner Vertrages über die Gleichheit der Juden in Wirksamkeit zu setzen.

8. Autonomie für die italienischen Provinzen Oesterreichs bis zu einer Volksabstimmung.

9. Rückgabe sämtlicher Kolonien an Deutschland.

10. Wiederherstellung Persiens und Griechenlands.

11. Neutralisation aller Meerengen, die in innere Meere führen, sowie des Suez- und Panamakanals. Freiheit der Handelschifffahrt und Abschaffung des Rechts zur Kaperung und Torpedierung von Handelsschiffen.

12. Alle Kriegführenden verzichten auf Kontributionen und Entschädigungen, unter welcher Form es auch sei. Alle während des Krieges auferlegten Kontributionen sind zurückzuerstatten.

13. Jedes Land ist unabhängig hinsichtlich seiner Handelspolitik, aber alle Länder verpflichten sich, auf eine Handelsblockade nach dem Kriege zu verzichten und kein besonderes Zollabkommen zu schließen.

14. Die Friedensbedingungen werden auf einem Friedenskongress von Vertretern festgesetzt, die von den nationalen Vertretungen gewählt werden. Diese Bedingungen sind von den Parlamenten zu bestätigen. Die Diplomaten verpflichten sich, keine Geheimverträge, die als dem Völkerrecht zuwiderlaufend, also für nichtig erklärt werden, zu schließen.

15. Allmähliche Abrüstung zu Lande und zu Wasser und darauffolgende Einführung des Militärsystems.

Die Anweisungen schließen mit der Empfehlung, zu versuchen, alle der Stockholmer Konferenz im Wege stehenden Hindernisse zu beseitigen und die Auslieferung von Pässen für die Parteien zu verlangen, die daran teilzunehmen wünschen.

§ 9 der Reichsverfassung.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: „Der weniger der sogenannte Mehrheitsblock des Reichstags — zusammengefaßt aus dem Zentrum und seinen freisinnigen und abhängigen Trabanten, hin und wieder durch Nationalliberale verstärkt — Rechte des Volkes erobert oder die bestehenden wahrzunehmen in der Lage ist, je stärker die Prügel sind, die die Regierung und die für die Geschicke Deutschlands leider wirklich maßgebenden Kreise auf die kaleidoskopartige „Mehrheit“ des Reichstages niedersinken lassen, desto stärker fühlen die Abhängigen das Bedürfnis, dem Volke vorzureden, sie hätten gar viel erreicht, ja, das parlamentarische System stehe in naher Aussicht. Hand in Hand mit dieser Aufmunterung gehen dann die Verdächtigungen gegen die Unabhängigen, die der Lage die Schelle anhängen.“

Im Verfassungsausschuß ist von den von den Unabhängigen am 22. März gestellten Anträgen der Antrag abgelehnt, den Reichskanzler zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert, der weitere Antrag, die Zustimmung des Reichstags bei der Einleitung und beim Abschluß von Bündnissen sowie bei Kriegserklärungen und Friedensverträgen sicherzustellen, ist auf den Sanft Rimmerleinstag verschoben. Statt dessen hat der Verfassungsausschuß neben einer Reihe für die Parlamentarisierung bedeutungslosen Anträgen rückschrittlichen Anträgen seine Genehmigung erteilt. So dem Antrag, lediglich für die Mammutswahlkreise das Proportionalwahlrecht einzuführen und dadurch insbesondere die Arbeiter zu schädigen. Ferner dem Antrag, es zuzulassen, daß die Erörterungen des Reichstages über Beziehungen des Reichs zu auswärtigen Staaten in nicht öffentlicher Sitzung stattfinden zu lassen und dadurch die allseitig als schädlich anerkannte Geheimdiplomatie zu fördern, sowie dem Volke die Kenntnis über die für seine Interessen wichtigsten Dinge vorzuenthalten. In neuerer Zeit, am 24. September, hat der Ausschuß mit 15 gegen 12 Stimmen beschlossen, den Schlußsatz des § 9 der Reichsverfassung zu streichen, der vorschreibt: „Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein“. Die Unabhängigen haben gegen diese Stärkung des bürokratischen Systems und Hinderung des parlamentarischen Systems gestimmt. Nun steht eine Flut von Verdächtigungen

gegen die bösen Unabhängigen seitens des Vorstands-„Vorwärts“, der J. A. und einigen Rednern auf dem von grundsätzlichen Sozialdemokraten gereinigten sogenannten Parteitag der Fraktion der Abhängigen ein. Die Streichung des § 9, so donnern jene, öffne die Tür zum Parlamentarismus, im Hauptausschuß traten die Unabhängigen für Parlamentarisierung ein, wenn es zum Klappen komme, stimmten sie aber im Verfassungsausschuß gegen Anträge, die die Parlamentarisierung dem Volke beschleunigen würden. Mergtlich verschwiegen sie, weshalb die Streichung des Schlusssatzes im § 9 das Wunder der Parlamentarisierung verrichten könnte.

Wie steht es in Wahrheit mit dem Verbleib und der Wirkung der Beseitigung des Schlusssatzes des § 9?

Nach der Reichsverfassung stimmen die Mitglieder des Bundesrats in diesem nicht nach ihrer Überzeugung, sondern nach der ihnen von ihrer Regierung gegebenen Instruktion. Der Schlußsatz des § 9 hindert sie, Mitglied des Reichstags zu werden. Im Sommer dieses Jahres ersuchten Freisinnige den Genossen Haase, im Verfassungsausschuß einen Antrag zu unterzeichnen, der dies Hindernis beseitigen solle. Genosse Haase lehnte mit dem Bemerkten ab, der Antrag würde nicht einer Parlamentarisierung die Wege ebnen, sondern eine Stärkung des bürokratischen Systems bewirken. Eine Änderung des Bundesrats sei erforderlich. Es gehe auch nicht an, daß man vorschreibe, ein Mann solle heute im Bundesrat gegen seine Überzeugung nach der ihm erteilten Instruktion, morgen im Reichstag nach seiner Überzeugung stimmen. Kurze Zeit darauf wurde mir, der ich an Stelle Haases in den Ausschuß eintrat, der Antrag zur Unterschrift vorgelegt. Ohne zu wissen, daß Haase die Unterzeichnung abgelehnt hatte, lehnte auch ich aus denselben Gründen ab. Der Antrag, der jetzt als Eröffner für das parlamentarische System ausgeschrieben wird, erschien dann am 11. Mai, unterzeichnet von den Freisinnigen, den Abhängigen und je einem Nationalliberalen, Polen und Elsaß-Lothringer. Unter Zurückhaltung unseres Antrags, dessen Annahme den Einfluß des Volks und der Volksvertretung gestärkt hätte, gelangte er am 27. September zur Beratung. Er wurde, wie erwähnt mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen. Die ablehnenden Stimmen setzten sich aus einem Teil des Zentrums und den Vertretern der Deutschen Fraktion, der Konservativen sowie der Unabhängigen zusammen.

Hoffentlich fällt der Antrag im Plenum. Denn er würde lediglich das bürokratische System in Deutschland stärken und die Einführung des parlamentarischen Systems hindern. In der Tat hat der Antrag an sich keinerlei Zusammenhang mit dem parlamentarischen System. Es wird behauptet, in den parlamentarisch regierten Ländern bestünde eine ähnliche Hinderung der Minister, Abgeordnete zu sein, nicht. Indes bestehen in den Verfassungen parlamentarisch regierter Länder selbstverständlich auch Vorschriften, die mit dem System keinerlei Zusammenhang haben. Außerdem haben wir in Deutschland das parlamentarische System nicht und endlich ist die Behauptung falsch, daß alle parlamentarisch regierten Länder ein solches Hindernis nicht kennen. Die Frage, ob ein Minister Parlamentsmitglied sein darf, ist kein Kennzeichen dafür, ob das Land parlamentarisch regiert wird. Sonst müßte beispielsweise Preußen, das der Wahl eines Ministers in das Abgeordnetenhaus kein Hindernis in den Weg legt, ein parlamentarisch regiertes Land sein. Und das wird wohl kaum selbst der Vorstands-„Vorwärts“ und die J. A. behaupten. Es gibt ferner Länder mit parlamentarischer Regierung, die ein solches Verbot nicht kennen, wie England und Frankreich, andere, wie Amerika, die ein solches Verbot haben. Keins, das ein ähnlich geartetes Kollegium wie den Bundesrat hat. Das Verbot in parlamentarisch regierten Ländern, daß ein Minister Parlamentsmitglied sein darf, hängt mit der Frage der Reinlichkeit zwischen Verwaltung und Kontrolle zusammen. So wenig ein Vorstandsmitglied einer Aktiengesellschaft zugleich Aufsichtsratsmitglied, oder ein Stadtverordneter zugleich Magistratsmitglied sein soll, so wenig wollen jene Verfassungen, daß eine Verwaltung, die durch das Parlament kontrolliert wird, Sitz und Stimme in dem Parlament haben darf. Aber mag der Ausschluß von Ministern oder wie in einigen parlamentarisch regierten Ländern gar der Ausschluß aller Verwaltungsbeamten aus dem Parlament zweckmäßig oder unzumutbar sein — mit dem parlamentarischen System hat die Frage keinerlei Zusammenhang. Und interessiert die Frage: wie würde unter voller Beibehaltung des Bundesrats und ohne Einführung des parlamentarischen Systems bei uns in Deutschland die Aufhebung des Verbots wirken, gleichzeitig Mitglied des Bundesrats wie des Reichstags zu sein?

Da kann die Antwort für den, der die Wirklichkeit betrachtet, nur sein: Die Aufhebung des Verbots, gleichzeitig Mitglied des Bundesrats wie des Reichstags zu sein, würde das bestehende bürokratische System stärken. Ganz abgesehen davon, daß es Hampelmannaturen sein müßten, die sich dazu hergeben, heute im Bundesrat gegen ihre Überzeugung nach Kommando mit Ja und morgen im Reichstag nach ihrer Überzeugung mit Nein zu stimmen, würde, so wie die Dinge bei uns liegen, das ohne Zutun des Parlamentes in die Regierung berufene Reichstagsmitglied mehr nach der Richtung der Regierung auf seine Parteifreunde, als nach der Richtung seiner Parteigrundlage auf die Regierung wirken. Nicht die Partei würde auf die Regierung, sondern diese auf die Partei abfärben. Aus der Vergangenheit sei an die „national-liberalen“ Minister v. Miquel und Möller erinnert; v. Miquel war als Minister eher als Führer der Agrarier wie als Führer der Nationalliberalen anzusprechen. So wie die Dinge liegen, ist ja schon heute eine starke Nachgiebigkeit von Abgeordneten Wünschen der Regierung gegenüber zu verzeichnen. Die Dunkelkammerfahrungen der letzten Zeit und eine Reihe anderer Erscheinungen machen das für jeden, der sehen will, augenfällig. Das trifft insbesondere auch auf die Abhängigen zu. Es sei an einen Vorfall erinnert.

Am 12. Dezember 1916 waren die Führer der einzelnen Fraktionen vom Reichstagspräsidenten zu einer Besprechung über die Frage geladen, ob über das Friedensangebot, das der Reichskanzler machen würde, im Plenum debattiert werden solle. Das Zentrum und die Freisinnigen sprachen sich dagegen, die Konservativen, die Deutsche Fraktion und die Unabhängigen dafür aus. Der Vertreter der Abhängigen (Wert) erschien etwas später. Nach seiner Darlegung war mit ihm schon vorher über die Frage gesprochen. Er erklärte, der Fraktionsvorsitzende sei einmütig der Ansicht, eine Debatte müsse stattfinden. Eine anderthalb Stunden später wurden einige Abgeordnete vom Reichskanzler und seinem Vertrauensmann um eine Unterredung gebeten. Unmittelbar darauf kamen die Fraktionsführer wiederum zur Besprechung darüber, ob eine Debatte stattfinden solle, zusammen. Für die Abhängigen erschien statt Wert Scheidemann. Er erklärte sich für seine Fraktion gegen eine Debatte im Plenum. Diese fand dann auch tatsächlich leider nicht statt.

Das bestehende bürokratische System würde durch Aufhebung des Schlusses des § 9 in Deutschland gefährdet werden. Der Värm, der jetzt mit der beabsichtigten Aufhebung gemacht wird, soll Sand in die Augen des Volkes streuen und ihm vortäuschen, wir seien auf dem Wege zum parlamentarischen System. Was versteht man dann unter parlamentarischen System?

Unter parlamentarischen System verstehen wir im Gegensatz zu dem bürokratischen und halbkonstitutionellen die Übertragung der entscheidenden Gewalt auf das Volk oder die Volksvertretung. Die Volksvertretung hätte darnach die Politik zu bestimmen, die Regierung sie lediglich auszuführen. Als Anhänger eines solchen Systems bekennet sich die sogenannte Reichstagsmehrheit nicht. Die Abhängigen haben sich trotz wiederholter Anpassungen, was sie unter parlamentarischen System verstanden, im Verfassungsausschuß hierüber ausgesprochen. Christlich sind die Freisinnigen und Nationalliberalen. Sie erklären, sie wollten eine „lebendigere Fühlung zwischen Reichsregierung und Volksvertretung“. Die Zentrumskreise erklärten kurzweg, unter parlamentarischen System verheße jeder etwas anderes. Eine „lebendigere Fühlung zwischen Reichsregierung und Volksvertretung“, das heißt ein noch stärkerer Einfluß der Reichsregierung auf Parlamentarismusmitglieder als heute.

Arthur Stadthagen.

Der gewerkschaftliche Niederwerfungskrieg.

Der Gedanke, daß das Proletariat aller Länder gemeinsam gegen das internationale Kapital zu kämpfen habe, war am 4. August 1914 von den deutschen Gewerkschaftsführern eingeführt worden. An diesem Tage wurde die neue Parole ausgegeben: „Wir müssen zu unserem Volke stehen.“ Da ein „guter“ oder „schlechter“ Frieden, soweit es sich um die Aufbringung der Kriegskosten handelt, immer nur zum Vorteile oder Nachteil eines anderen Volkes geschlossen werden kann, so war für die deutschen Gewerkschaftsführer (die ihre Kriegspolitik anfänglich auch damit begründeten, daß das deutsche Volk die Kriegskosten auf andere Völker abwälzen müsse) die internationale Solidarität der Arbeiter zur lächerlichsten Phrase geworden. Wie die Unternehmer ihre Vorteile für den Kriegsbedarf umsetzten, so tat es auch die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften. Ihr hatten die ausländischen Gewerkschaften die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes anvertraut;

sein Vorsitzender war Legien und A. Baumeister sein Sekretär. Die internationalen Beziehungen, die die deutschen Gewerkschaftsführer auf diese Weise gesammelt hatten, stellten sie nun in den Dienst der vaterländischen Propaganda. Sie nutzten diese Beziehungen aus durch die Herausgabe der „Internationalen Korrespondenz“, die eine Sammelkiste allen Materials wurde, welches sich — meistens mehr schlecht als recht — benutzen ließ, um die Kriegsbegeisterung der deutschen Arbeiter anzufachen.

Damit war der Internationale Gewerkschaftsbund durch seinen Vorsitzenden Legien und seinen Sekretär Baumeister selbst zerfallen worden. Ganz abgesehen davon, daß die deutschen Gewerkschaften auch infolgedessen einen Keil zwischen die Proletariate der verschiedenen Länder zu treiben suchten, indem sie eine Agitation für ein „Mittel Europa“ entfachten, d. h. nach Beendigung des Weltkrieges einen wirtschaftlichen Krieg gegen England, Frankreich usw. zu führen beabsichtigten waren.

Die englischen, französischen, belgischen und italienischen Gewerkschaftsführer haben im Juli 1916 in Leeds einen Kongreß abgehalten, indem sie bestimmte Arbeiterschutzforderungen für die internationalen Friedensverträge formulierten und durch Beschluß auch die neutralen sowie die deutschen und österreichisch-ungarischen Gewerkschaften einluden, sich in jenen Bestrebungen mit ihnen zu vereinigen. Ja, die englischen, französischen, belgischen und italienischen Führer dachten trotz allem Vorgefallenen groß genug, daß sie im September 1916 an alle gewerkschaftlichen Landeszentralen, insbesondere auch an die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften noch das schriftliche Ersuchen richteten, gemeinsam mit ihnen jene Arbeiterschutzforderungen für die Friedensverträge aufzustellen oder Abänderungsvorschläge dazu zu machen. Herr Legien hat dieses Ersuchen scheinbar in den Papierkorb geworfen. Es bedurfte erst eines Eingreifens der skandinavischen Gewerkschaftsführer, um Herrn Legien nach Monaten zu veranlassen, jenes Schreiben wieder aus dem Papierkorb hervorzuholen. Gen. Lange hat in der Broschüre über „Die Neuorientierung der Gewerkschaften“ darauf aufmerksam gemacht, daß die deutschen Gewerkschaftsmitglieder erst im Mai 1917 von dem Schreiben der ausländischen Gewerkschaften unterrichtet worden sind. Diese Tatsache ist von einigen Gewerkschaftsführern wohl bestritten, aber bisher nicht widerlegt worden. Im Mai 1917 mußten die deutschen Gewerkschaftsvorstände und die deutsche Gewerkschaftspressen zu ihrer Verwunderung erfahren, daß die Generalkommission infolge des Eingreifens der skandinavischen Gewerkschaften im Februar 1917 als Antwort auf den Leedser Kongreß ein anderes gewerkschaftliches Friedensprogramm auf Grund alter Gewerkschaftsprotokolle zusammengestellt und den ausländischen Gewerkschaften zugesandt hatte. Nachdem dies im Mai 1917 bekannt geworden war, nahmen die einzelnen deutschen Gewerkschaftsvorstände und die deutsche Gewerkschaftspressen Gelegenheit, auf Grund ihrer Erfahrungen Abänderungsvorschläge zu dem Arbeiterschutzprogramm zu machen, das Herr Legien ein Vierteljahr vorher in das Ausland geschickt hatte. Ein nettes Zusammenarbeiten der deutschen Gewerkschaftsführer!

Mittlerweile war es den Herren von Legien wegen ihrer bisherigen Taten ungemütlich geworden. Als das große Schwaben über Stockholm begann, glaubten die Herren Legien, Baumeister usw., daß es jetzt an der Zeit sei, den zerbrochenen Internationalen Gewerkschaftsbund wieder zusammenzufügen. Herr Legien ordnete daher für Anfang Juni 1917 die Abhaltung einer Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Stockholm an. Aber nunmehr dazwischen die Engländer, Franzosen usw. nicht daran, diesem Befehl nachzukommen. Es erschienen lediglich die Gewerkschaftsvertreter aus den Ländern der Mittelmächte und neutralen Staaten, von denen jedoch die Schweiz fehlte. Trotz dieser einseitigen Zusammenkunft der Stockholmer Konferenz erlebten die deutschen Gewerkschaftsführer eine schwere Niederlage. Die Konferenz beschloß nämlich, vor der im Juli 1916 abgehaltenen Leedser Konferenz, die von Herrn Legien so mißachtend behandelt worden war, eine Vergebung zu machen. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die am 8. Juni in Stockholm tagende Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen von Österreich-Ungarn, Deutschland, Bulgarien, Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark und der Kreishellen des J. G. B. in Holland begrüßen die Beschlüsse von Leeds im Juli 1916 als bedeutungsvolle Kundgebung für die Interessen der organisierten Arbeiterschaft aller Staaten und als ein erfreuliches Zeichen, die durch den Krieg entstandene Entfremdung beseitigen zu wollen. Diese Anerkennung auszusprechen, hält die Konferenz für Pflicht und ersucht, diese Mitteilung an die Organisationen, die in Leeds vertreten waren, weiterzugeben.“

Die Stockholmer Konferenz beschloß außerdem die Abhaltung einer neuen Konferenz in der Schweiz, die kollektiv Anfang Oktober 1917 in Bern stattfinden hat und an der auch schweizerische Gewerkschaftsvertreter teilnehmen. In Bern hat Herr Legien einsehen müssen, daß er seine Position endgültig verloren hat. Als seine diplomatischen Künste haben nicht genügt, die ausländischen Gewerkschaftsführer niederzuzwingen. Im Gegenteil, er ist niedergeworfen worden und er hat sich in Bern zu der Erklärung genötigt gesehen:

„Die Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands erklären, daß ihre Betätigung, heute einer Sieberlegung zuzuführen, nicht so aufgeführt werden dürfe, daß sie unter allen Umständen den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Deutschland behaupten wollen. Sie sind zu ihrer Stellung genötigt, weil insbesondere von den englischen Gewerkschaften gesagt worden ist, daß die Sieberlegung gleichbedeutend mit einem Mißtrauensvotum gegen Deutschland sei. Der internationale Gewerkschaftsbund kann nur erhalten werden, wenn volles Vertrauen aller Landes-

zentralen zu einander vorhanden ist. Sobald sämtliche Landeszentralen bereit sind, zu einer Konferenz zusammenzutreten, sind die Gewerkschaften Deutschlands bereit, über eine Sieberlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ordnungsgemäß zu verhandeln.“

Nach Lage der Dinge ist ein Wiederaufbau der internationalen gewerkschaftlichen Verbindungen nur durch einen „Versöhnungsfrieden“ möglich, d. h. wenn der Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach einem neutralen Staate verlegt wird.

Aus den Gewerkschaften.

Keine Feuerzugeszulagen im Baugewerbe. Die Arbeiterverbände des Baugewerbes wandten sich an das Ministerium des Reichsamts des Innern, als der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ein Verlangen über Feuerzugeszulagen abgelehnt hatte. Am 5. Oktober hat, wie der Grundstein mitteilt, Ministerialdirektor Dr. Caspar den Verbänden mitgeteilt, in einer Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitgeberverbandes sei die Bewilligung einer weiteren Feuerzugeszulage einstimmig abgelehnt worden. Der Ausschuss habe deshalb den Arbeiterverbänden mitgeteilt, daß er unmittelbare Verhandlungen des Arbeitgeberbundes mit ihnen als zwecklos ablehnen müsse. Auch Verhandlungen unter Leitung des Reichsamts des Innern halte er nach der Stimmung unter den Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses für völlig aussichtslos, und es würde dies, falls das Reichsamt des Innern zu solchen Verhandlungen einladen sollte, auch von vornherein erklären müssen. Unter diesen Umständen sehe der Ministerialdirektor sich zu seinem Bedauern zugezwungen, zu einer gemeinsamen Verhandlung der Parteien über eine neue Feuerzugeszulage einzuladen. Der Grundstein erklärt resigniert, die Vorstände der drei Arbeiterverbände würden sich noch vor Ende dieses Monats mit dieser Sache beschäftigen. Bleiben sie ihrer bekannten Taktik, die sie während des Krieges eingenommen haben, treu, so werden sie an der Entscheidung der Arbeitgeber nichts ändern können.

Eine Beitragserhöhung hat der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes in Vorschlag gebracht. Die Berliner Holzarbeiter wehren sich dagegen, daß jetzt ohne genügende Vorberatung eine solche dauernde Maßnahme getroffen wird, sowie daß die Zahlstellen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengt werden. — Zentralverband und Verbandsausschuß des Verbandes aller in der Leder- und Lederhandelsindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands haben beschlossen, vom 1. Januar 1918 an den Beitrag für männliche Mitglieder um 10 Pf. für die Woche und für weibliche Mitglieder um 5 Pf. für die Woche zu erhöhen. Die Mitglieder sollen durch Abstimmung über ihre Meinung zur Beitragserhöhung befragt werden.

Die Buchbinder haben für das Gebiet des Dreistädte-tarifs Berlin-Weißensee-Stuttgart in einer Tarifkonferenz Forderungen aufgestellt. Eine Konferenz der Bauvorsteher hat im Anschluß hieran die aufgestellten Forderungen auch für alle übrigen Orte des Reiches für angemessen und richtunggebend erklärt und beschlossen, das ihrige zu tun, sie in den Gauen zur Durchführung zu bringen. Die Forderungen sind dem Verband deutscher Buchbindermeister und dem Verband deutscher Buchdruckereibesitzer eingereicht.

Groß-Berliner Chronik.

Milch. — Fische. — Zuckerpresse. In einer Konferenz, die dieser Tage im Kriegsbernährungsamt stattfand, wurden wichtige Mitteilungen über die künftige Milch-, Zuder- und Fischversorgung gegeben. Die einschneidenden Maßnahmen werden auf dem Gebiete der Milchversorgung getroffen werden. Geheimrat Rothe teilte mit, daß in nächster Zeit eine neue Milchverordnung eine Besserung der Gesamtlage bringen wird. Das grundlegende Programm besteht in einer Bevorzugung der Vollmilch vor der Butter. Die Vollmilch muß im ganzen Reich für die Selbstversorger rationiert werden, was bisher nicht der Fall war. Weitere Kreise wünschen, daß Magermilch an die Bevölkerung in größerer Masse abgegeben werde, selbstverständlich dort, wo es keine Vollmilch gibt. Die Kommunalverbände werden beauftragt, die Magermilch möglichst zu erfassen und vielleicht in Form von Quark den Einwohnern zuzuführen.

Der Reichskommissar für Fischversorgung v. Glügge gab Auskunft über die Fischversorgung. Nach seinen Ausführungen war die Versorgung des Reiches im Sommer sehr reichlich, um in den letzten Monaten wieder stark abzufallen. Natürlich fehlt die Einfuhr, auf die wir im Frieden sehr angewiesen sind. Der Konsum hat sich verdoppelt, während der Fang und die Einfuhr gegen früher stark zurückgegangen sind. Von den Binnenfischen werden nur Karpfen und Schleie bewirtschaftet.

Ueber die Zuckerrfrage sprach Geheimrat Kasinsky. In nächster Zeit werden die neuen Bestimmungen des Bundesrats über den Zuder mit den Ausführungsbestimmungen herauskommen. Der Kleinhandelspreis müsse von 20 Pf. auf etwa 44 bis 45 Pf. für das Pfund erhöht werden. Da die Kohlenversorgung Schwierigkeiten mache, wird voraussichtlich meistens gemahlener Zuder, weniger dagegen Würfel- und Kristallzuder abgegeben.

Wegen den Schleichhandel wendet sich das Kriegsbernährungsamt in einem Aufruf. Das Amt wünscht über alle Vorgänge auf diesem Gebiete unterrichtet zu sein und ersucht Personen und Organisationen, ihm dazu beihilflich zu sein.

Eine Erhöhung des Petroleumpreises ist beschlossen. Der Großhandelspreis ist von 30 auf 35 Pf. für je 100 Kilo, der Kleinhandelspreis von 32 auf 36 Pf. für das Liter, beziehungsweise bei Lieferungen in das Haus des Käufers auf 40 Pf. für das Liter erhöht. Bei Lieferung aus Strahrentankwagen beträgt der Höchstpreis 32 Pf. an Stelle des bisherigen Preises von 28 Pf. für das Liter. Die an die Zentralstelle für Petroleumverteilung angeschlosse-

nen Petroleumgesellschaften haben sich der Reichsleitung gegenüber verpflichtet, bei der Abgabe von Petroleum an Zwischenhändler den Preis von 33 Mk. für je 100 Kilo und bei Lieferung aus Strohkontainern an Wiederverkäufer bis auf weiteres den Preis von 31 Pf. für das Liter nicht zu überschreiten. Die abermalige Preiserhöhung wird mit teureren Einkaufspreisen und vermehrten Unkosten begründet.

Einteilung für Kohlenbezieher. In Zukunft werden mündliche Anträge der Berliner Bevölkerung bei der Deputation für die Kohlenversorgung, deren Bureau sich jetzt Spandauer Str. 10 (Hof) befindet, nur entsprechend der Zugehörigkeit zu den Brotkommissionen entgegengenommen werden, daß an den einzelnen Wochentagen immer die Angehörigen von je 40 Brotkommissionen abgefertigt werden, und zwar: Die Angehörigen der Brotkommissionen 1—40 am Montag, die der Kommissionen 41—80 am Dienstag, der Kommissionen 81—120 am Mittwoch, 121—160 am Donnerstag, 161—200 am Freitag und die Angehörigen der Brotkommissionen 201 und folgende am Samstag, jedesmal in der Zeit von 9—2 Uhr. Es empfiehlt sich für den Antragsteller, ihren Mietvertrag mitzubringen.

Die Minderung der Buttermenge ist in einigen Zeitungen angekündigt worden. Die Fettstelle von Groß-Berlin hat gegen eine solche Absicht, wenn sie bestehen sollte, bei der zuständigen Stelle Einspruch erhoben und unter Hinweis auf die überaus starke Beschränkung, der die Bevölkerung bei der Milch unterworfen werden mußte, dringend gebeten, von einer Verkürzung der Buttermenge Abstand zu nehmen.

Eine abermalige Erhöhung des Brotpreises um 5 Pfennig für das Brot soll eintreten, obwohl das Brot durch Kartoffeln oder Präparate gestreckt und dadurch verschlechtert wird.

Ein Familiendrama ereignete sich in der Behninerstraße. Dort erschoss der Versicherungsbeamte Kröda seine Frau, seine 10-jährige Tochter und schließlich sich selbst. Häuslicher Zwist scheint das Motiv zur Tat zu sein.

Einen Brandschaden von über eine Million Mark hat eine Filmkopieranstalt in Neufahrn durch einen Brand erlitten. Zahlreiche Filme, die kopiert werden sollten, sind ein Opfer der Flammen geworden und sind immer dahin.

Ein schulfreier Tag war der Montag, der aus Anlaß des Anleiheergebnisses vom Oberkommando in den Marken angeordnet worden war.

Die Schulverhältnisse in Berlin lassen immer mehr zu wünschen übrig. Weil einige Schulen nicht die große Halle aufweisen wie sonst, werden sie eingezogen, sozusagen abgebaut. Ja nicht zu wenig Schüler in der Klasse haben, das könnte zu einem „schlechten Beispiel“ für die überbelegten Schulen werden. Auch der unbestimmte wechselnde Unterricht wirkt sehr schädlich. Wie da ein Lehrer einen Erfolg erzielen soll, ist unbegreiflich. Man kann manches in heutiger Zeit verstehen, aber auf einen geordneten Schulunterricht sollte doch das Hauptgewicht gelegt werden.

Aus der Bewegung.

Brandenburg a. H. Die erste Mitgliederversammlung tagte hier am 10. Oktober. Genosse W. gab eine Uebersicht über die Vorarbeiten zu unserer Neugründung. Wären die „Abhängigen“ nicht so rigoros gegen die Opposition vorgegangen, wäre es ihnen schließlich gelungen, die Trennung hinauszuschieben. Wenn irgendwo, dann ist hier in Brandenburg die unabhängige Bewegung eine Gründung aus der Klasse heraus. Aber nirgendwo dürfte auch die gegnerische Angelegenheit verhältnismäßig größer und anmaßender sein als hier. Die Brandenburger haben in dieser Beziehung ein seltenes „familiäres Aleeblatt“ beisammen, das zeitweise recht übel duftet, woran Genosse Bogtner noch dauernde Erinnerungen behalten wird. Jetzt sei der Stein ins Rollen, unsere Aufgabe sei es nun, ihn weiter vorwärts zu wälzen.

Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Richard Müller, Vorsitzender, Gutenbergstraße 27; Rudolf Kusch, Schriftführer; Wilhelm Schulze, Kassierer, Wilhelmshorster Str. 42.

Mit letzterem sind alle Geld- und Materialangelegenheiten zu regeln.

In der zweiten Versammlung, am 21. Oktober, referierte zunächst Genosse Pieske über „Organisationsfragen“. Redner empfiehlt den Anschluß des Kreises Westhavelland an Groß-Berlin, bis eine Bezirksorganisation für die Provinz Brandenburg die Ablosung ermöglicht. Vorteilhaft sei auch eine Beitragserhebung von 50 Pf. monatlich und 20 Pf. für wöchentliche Mitglieder, wofür die Frauenbeilage der „Leipziger Volkszeitung“ zu liefern ist. Die Zeitungsfrage wird durch Erlebigung der Beschwerde betreffend Ablehnung unserer Anzeigen in der „Brandenburger Ztg.“ ins Rollen kommen.

Redner warnt vor Erneuerung des Kleinkönigtums, heißt es Sidon oder anders. Eine solche Kapitalmacht wie bisher, dürfte kein Parteivorstand mehr erhalten, das Gegengewicht müßten leistungsfähige Bezirksorganisationen sein. Wer eben an Führerstelle nicht unter erswerenden Umständen zu arbeiten vermag, müsse eben seine Finger davon lassen.

Wenn auch nicht von der Hand zu weisende Gegenüberstellungen gemacht wurden, so ergab die Diskussion doch eine bedeutende Mehrheit für die Anschauungen des Referats. Der Vorstand wird beauftragt, konkrete Vorschläge zu einer nächstfolgenden Fortsetzung zu unterbreiten, in der allen Schichtarbeitern Abstimmungsmöglichkeit gegeben ist.

Beschlossen wurde die Abhaltung einer familiären Weihnachtsfeier, zu der in jeder Zusammenkunft durch Sammelbüsche der Grund erweitert werden soll.

Die Mitteilung des Kassierers, daß bereits in der zweiten Versammlung 54 Mitglieder zu verzeichnen seien, erfüllte mit Genugtuung. Für die Kampfesweise der „Abhängigen“

ist bezeichnend, daß sie das Gerücht kolportieren, daß schon 25 Mann wieder zurückgetreten seien. Welche Anglistenphantasien müssen dort schon über unsere Mitgliederzahlen herumspuken!

Anschluß an die U. S. P. D. In Sandersleben a. H. hat sich eine Ortsgruppe der U. S. P. D. gebildet. Die meisten noch vorhandenen Mitglieder der sogenannten Mehrheitsanhänger, zirka 20, haben sich der Gruppe angeschlossen. — Es geht in diesem Kreise mit unserer Bewegung gut vorwärts.

Auch in Hannover bröckelt es. In der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Osterwald, Kreis Hameln in Hannover, wurde der Uebertritt zur U. S. P. D. beschlossen. Uebergetreten sind 22 Mitglieder, 5 sind bei der alten Partei geblieben. So bröckelt es auch bereits in Hannover, wo die Reinert, Bren, Rauch u. Co. bisher fast unumschränkt herrschten.

Eine Klage Adolf Weds. In seiner Würzburger Verichterstattung über die Vorgänge in der Kontrollkommission, die den Austritt des Genossen Adolf Weds zur Veranlassung hatten, bezichtigte Brühne (laut Bericht der Frankfurter Zeitung) seinen bisherigen Kollegen Weds eines doppelzüngigen Verhaltens zwischen den beiden Richtungen in der Sozialdemokratie. Brühne wird bald Gelegenheit erhalten, seine Behauptung als Zeuge vor Gericht zu beweisen. Es ist gegen den Koltschen „Volksfreund“, der in zwei Artikeln dem Abg. Adolf Weds in ehrenverletzender Weise den Vorwurf eines unfairen Verhaltens beim Austritt aus der R. R. erhob, ein Prozeßverfahren eingeleitet. Dasselbe hat nur den Zweck, die Wahrheit zu ermitteln, wodurch dann festgestellt ist, daß Brühne und seine Helfershelfer dem Genossen Ad. Weds schweres Unrecht tun.

Dortmund. Der Vorstand und die Kontrollkommission des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Dortmund—Hörde hat durch Beschluß vom 9. September 1917 dem Reichstagsabgeordneten Gen. Dr. Erdmann das Vertrauen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft des Wahlkreises und damit das Recht abgesprochen, sich fernerhin als deren Vertrauensmann zu betrachten.

Demgegenüber hat der Vorstand des Unabhängigen Sozialdemokratischen Vereins des genannten Wahlkreises unter Zuziehung des Beirates und des Kontrollausschusses in seiner Sitzung vom 14. Oktober 1917 folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins hat nicht das mindeste Recht, im Namen der Sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Wahlkreise Dortmund—Hörde zu sprechen und über deren Vertrauen zu verfügen. Die Sozialdemokratie des Wahlkreises ist gegenwärtig gespalten. Derjenige Teil, der im Unabhängigen Sozialdemokratischen Verein organisiert ist, spricht dem Genossen Dr. Erdmann sein volles Vertrauen aus. Der regierungssozialistische Vorstand hat aber auch nicht einmal das Recht, im Namen der übrigen sozialdemokratischen Wählerschaft zu reden. Es fehlt gegenwärtig die Gelegenheit, die Stimmung und Meinung der Massen genügend zu ergründen. Soweit aber dazu Gelegenheit vorhanden ist, wird davon in höchst einseitiger Weise Gebrauch gemacht. Die regierungssozialistische Zeitung verperst der Opposition während der ganzen Dauer des Krieges den Weg zu einer Aufklärung der Massen, insbesondere hat sie den Genossen Dr. Erdmann geistlich von jeder Berührung mit seinen Wählern fern gehalten und ihm sogar die Aufnahme einer kurzen Erklärung in der Arbeiter-Zeitung verweigert. Das Parteiblatt selber unterrichtet seine Leser in durchaus einseitiger Weise und daselbe tun die von Berlin aus dirigierten Beamten der Partei und Gewerkschaften, die reichlich die Gelegenheit haben, in Versammlungen und Besprechungen ihre Zuhörer in ihrem Sinne zu beeinflussen. Unter solchen sich auf groben Terrorismus gründenden Umständen ist es eine Annäherung sondergleichen, wenn der regierungssozialistische Vorstand es unternimmt, dem Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Erdmann das Vertrauen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft abzuspüren. Es ist eine ebensolche Annäherung, wenn der genannte Vorstand es in seinem Beschluß für ein Gebot der Ehrlichkeit erklärt, daß Genosse Dr. Erdmann sein Mandat niederlege. Auf wessen Seite die Ehrlichkeit ist, darüber ist für uns kein Zweifel. Auf alle Fälle ist ein derartiges Ansuchen zur Genüge dadurch gekennzeichnet, als es den lebhaften Beifall der Scharmacher und Zenträmmer im Kreise gefunden hat.“

Der Soziald. Verein Offenburg (7. bad. Kreis) hält am 1. November nachmittags 4½ Uhr eine Mitglieder-versammlung ab, in welcher auch zum Würzburger Kongress Stellung genommen wird. Die Genossen und Genossinnen dürfen in dieser wichtigen Versammlung nicht fehlen. Es werden auch Anmeldungen entgegengenommen. Der Bezirkssekretär referiert über die Organisation der U. S. P.

Aus der Zeit.

Wie für Kriegaanleihe geworben wurde, dafür wird von der Frankfurter Volksstimme aus Biernheim in Hessen berichtet. In einer amtlichen Bekanntmachung des Bürgermeisters heißt es:

„Wir werden im Laufe dieser Woche alle Zurückgestellten, sowohl Landwirte als auch Industriearbeiter, auf unser Bureau vorladen, um ihre Zeichnungen auf die fiebernde Kriegaanleihe persönlich entgegenzunehmen. Wir fordern daher die Betreffenden auf, zu diesem Termin ihre Spargroschen in reichlichem Maße mitzubringen und bemerken dabei ganz ausdrücklich, daß weitere Zurückstellungen wohl nicht mehr zu erwarten stehen, falls dieselben, obwohl sie hierzu in der Lage, sich an der Zeichnung nicht beteiligen. Alle diejenigen, die Kriegaanleihe-Versicherungen pp.

abzuschließen gewillt sind, wollen sich an Herrn Lehre: Ralt wenden.“

Biernheim, 9. Oktober 1917.

Großb. Bürgermeister: Biernheim: Lambrecht.“

Das genügt wohl!

Schnapsgewinn. Die Herstellung von Schnaps ist eingeschränkt worden, nicht aber das Gewinnwesen. Das zeigt der jüngste Abschluß der Distrikthoffen Korn- und Bachholderbrennerei A. G. in Neuenkirchen-Bietburg. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 300 000 Mk. Darauf wurden für das letzte Jahr 78 000 Mk. an Dividenden und Tantiemen verteilt, 26 v. H. des Kapitals.

Kriegslegen. Die Bittener Stahlröhrenwerke hatten seit 1911/12 keine Dividenden verteilt, mehrmals sogar mit einer Unterbilanz abgeschlossen. Dann kam der heilbringende Krieg. Bereits für 1915/16 brachte man 1 628 454 Mk. Rohüberschuß heraus, 20 Prozent des Aktienkapitals; für 1916/17 stieg dieser Ueberschuß auf 4 028 187 Mk., gleich 52 v. H. des Kapitals. Es wurden aber nur 6 Proz. Dividenden verteilt; man hat gewaltige Abschreibungen vorgenommen, allein auf Effektenkonto 304 658 Mk., insgesamt 3 Millionen Mark, sowie größere Beträge für sonstige Rückstellungen. Bei nur 772 811 Mk. Kreditoren weisen Effekten, Bankguthaben, Vorräte und Augensände 2,6 Millionen Mark auf, 2/3 Millionen Mark mehr als im Vorjahre.

Es ist der Krieg ein roh gewaltiges Handwerk. In der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 11. Oktober haben, wie dem „Berl. Tageblatt“ aus Wien gemeldet wird, die Abgeordneten Winter, Sever und Genossen eine Interpellation eingebracht, in der die Anfrage gerichtet wurde, ob das Urteil gegen den Hauptmann eines Gebirgsartillerie-Regiments Anton Luge aufgehoben und durch ein solches ersetzt werde, das für die empfindlichen Taten des Hauptmanns wirklich Sühne gebe. Hauptmann Luge war vom Heeresdivisionsgericht in der ersten Oktoberwoche wegen Verbrechen der Ueberschreitung der Dienstgewalt, ferner wegen Ehrenbeleidigung unter Offizieren zur Strafe des einfachen Kerkers für die Dauer eines Jahres nebst Entlassung aus dem Offiziersstande verurteilt worden. Die Anklage hatte auf die Verbrechen des Mordes in zwei Fällen, auf Verbrechen des Mordversuchs in einem Falle, auf Verbrechen der Ueberschreitung der Dienstgewalt und auf das Verbrechen des Betruges, begangen durch Fälschung öffentlicher Urkunden, und auf das Verbrechen der Ehrenbeleidigung unter Offizieren gelautet. Hauptmann Anton Luge hat sich nun heute abend in seiner Wohnung aus seinem Armeerevolver eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt und ist auf der Stelle gestorben.

In der Interpellation war folgendes mitgeteilt worden: „Aus der Urteilsbegründung geht hervor, daß Hauptmann Luge im fernsten Feldzug dem Korporal Violek mit dem Säbel eine bis auf den Knochen reichende Wunde am Arme schlug, weil dieser die Verbindung mit der Sanitätsstation nicht herstellen konnte, aus Gründen, die zu befragen außerhalb seiner Macht standen. Derselbe Offizier hatte den Kanonier Manetti, der sich in einem Hause etwas gekauft hatte, in der falschen Meinung, der Soldat hätte geplündert, niederschleichen wollen, und er hat, als sein erster Schuß nicht traf und der zweite versagte, den Befehl gegeben, den Mann im Lager sofort niederzumachen. Eine Viertelstunde später war der Soldat wirklich erschossen. Den Kanonier Eduard Prokopeny erschoss dieser Offizier, weil er während des Marsches leicht betrunken war, an Ort und Stelle. Dann gab er Befehl, ihn einzugraben. Da der Sterbende noch zuckte, gaben ihm der Fähnrich und ein Kanonier, die den Befehl zum Eingraben hatten, zwei Gnadenschüsse. In die Verurteilung fällt die dann Hauptmann Luge, daß die beiden Soldaten gefallen seien. Außerdem gab er Befehl, den Korporal Violek in einen Sumpf zu werfen.“

Einige Tage vorher kam im österreichischen Abgeordnetenhause ein Fall zur Sprache, bei dem ein Leutnant als Führer eines Transportes auf dem Marsche zum Bahnhof einen Dragoner wegen Insubordination erschossen hat.

Reicher Heringssagen. Von gewaltigen Heringssagen in der Danziger Bucht weiß die konservative „Elbinger Zeitung“ zu berichten. Die Brute ist nach den Angaben dieses Organs so groß, daß man sie teilweise gar nicht an Land bringt aus Mangel an Verwertung. Die Zwischenhändler oder Kommissionäre sind gar nicht in der Lage, so viel Heringe abzunehmen, wie die Fischer an Land zu bringen vermögen. Um die Heringe nicht mehr verderben und in Verwesung übergehen zu lassen, holt man sie erst gar nicht ein, sondern läßt sie in der See. Für den Zentner frischer Heringe erhalten die Fischer 40 Mk., also 40 Pf. das Pfund. Bei einer Ladung von 30 Zentner bringt demnach das Boot 1200 Mk. Der Heringssagen ist ja hoch erfreulich, wenn er nur der Bevölkerung in solchem Maße zufließen würde. Da hapert aber die Geschichte. Die Fischer dürfen nichts verkaufen, sondern müssen alles an die Fischhandels-gesellschaft Westpreußen abliefern. Weil die Kommissionäre und Zwischenhändler das nicht schaffen können, bleiben viele Fische unerbeutet. Die Fische lassen sich einfalzen, sie lassen sich als Lachs verarbeiten, zu Anchovis, Bismarck, Delikatessheringe einlegen usw. Was die Fischhandels-gesellschaft Westpreußen ankauft, wird größtenteils geräuchert und gelangt als Bücklinge in den Handel, das Pfund zu 130 Mk. — Was hier mitgeteilt wird, klingt geradezu unglaublich. Die „Elbinger Zeitung“ wird aber unwahre Angaben über die Heringssagen nicht in die Welt setzen. Da haben wir auf allen Gebieten Reichstücken; ein Reichsernährungsamt wie auch einen Reichskommissar für Fischversorgung und der Fischreichtum kann nicht ausgenutzt werden für die Bevölkerung. Und dann die hohen Preise! Begreifen werden solche Zustände in der Welt. . .

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Seid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5. Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.